

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis für den Jahrgang: 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren: Beträgt für die sechsstelligen Nummern...

Ercheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

60 Jahre Dreiklassenschmach.

II.

Wir sahen, wie das Bürgertum auf der ganzen Linie gesiegt hatte. Der Sieg war ein so vollständiger, daß der so absolutistische Friedrich Wilhelm IV. sich über Nacht mit dem Gedanken der Konstitution hatte abfinden müssen.

Der Vereinigte Landtag trat am 2. April zusammen, um sich selbst aufzulösen zugunsten der neuwählenden konstituierenden Nationalversammlung. Diese Nationalversammlung sollte aus allgemeinen und gleichen, jedoch indirekten Wahlen hervorgehen. Diese indirekte Wahl, gegen die die nichtbesitzende Klasse heftig protestierte...

Eine der Hauptursachen, weshalb die Sache der Freiheit so häufig scheitern sollte, war das Mißtrauen gegenüber dem Proletariat, das die Rechtsseite der Vertrauenslosigkeit nach oben bildete. Das Bürgertum konnte sich nur behaupten durch die Volksbewaffnung. Eine solche wurde aber nicht durchgeführt.

Dem Proletariat, das auf den Barricaden sein Blut verspritzt und das meiste zum Siege des Volkes getan hatte, mutete man zu, jetzt ganz bescheiden abzutreten. So apostrophierten bürgerliche Lugendredner das Volk: „Nehre jeder an seine Arbeit zurück! Begehrt oder nehmt keine Günst- oder Gnadengeschenke; die ganze Sicherung eurer Ertragskraft, der volle Stolz des freisinnigen unabhängigen Mannes liegt darin, daß ihr wieder sagt: wir leben von unserer Arbeit!“

Die Nationalversammlung beschäftigte sich nach ihrem Zusammentritt, statt mit Energie an die Beratung der Verfassung zu gehen, mit untergeordneten Angelegenheiten. Auch standen sich in bezug auf die Verfassung selbst die Meinungen der Rechten und der Linken diametral gegenüber.

zu sehen, die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, wurde nach zweitägiger Debatte mit 196 gegen 177 Stimmen angenommen.

Der König fand sich derweilen rasch genug wieder zum Gottesgnadentum zurück. Während er in seiner Proclamation vom 21. März von der Revolution eine „neue glorreiche Periode der Geschichte“ datiert und sich als „neuer König der freien, wiedergeborenen Nation“ bezeichnet hatte, äußerte er bereits am 13. Mai höchst eigenartige Ansichten über den Geburtsakt der „neuen glorreichen Geschichte“.

Das läppische Märchen von den 30000 fremden Verschwörern war dem leichtgläubigen König wohl von der Kamarilla eingeblasen worden, die immer ungenierter ihre Ränke zu spinnen begann. An der Spitze dieser Kamarilla standen Leopold von Gerlach, der Generaladjutant des Königs, und sein Bruder Ludwig von Gerlach, der Rundschauer der „Kreuzzeitung“.

Das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen war dank der Zäherheit des Bürgertums nur eine kurze Episode geblieben. Aus sträflicher Kurzsichtigkeit und aus Mißtrauen gegen das Proletariat hatte das Bürgertum verabräumt, die eroberten Rechte des Volkes durch eine Bewaffnung des Volkes selbst zu sichern.

Vaterländische Steueropfer.

Die Konservativen sehen in der Finanzkommission die Lösung der Reichsfinanzreform nach ihrem Rezept fort. Sie wollen den Beweis liefern, daß sie nicht nur in ihrer patriotischen Opferwilligkeit bereit sind, die gewünschten 100 Millionen Mark Steuern zu liefern, sondern wenn es verlangt wird noch 50 Proz. mehr.

zu machen, aufzugeben und die Liberal-konservative Koalition als Basis ihrer Politik anzuerkennen. Gekht aber die Regierung auf solche Offerte nicht ein, nun so erhalten damit die Konservativen das scheinbare Recht, vor ihrer Anhängerschaft im Lande zu behaupten, daß, wenn noch immer das große nationale Reformwerk nicht beendet sei, das lediglich an der Troglöppigkeit der Regierung liege...

Das ist die Taktik, die die konservative Partei befolgt, und ist diesem Bemühen operiert sie recht geschickt. Da die Regierung sich bereits für eine Kaffeezollerhöhung und eine Zündholzsteuer festgelegt hat, so haben die konservativen Mitglieder der Finanzkommission in aller Eile Anträge auf Einführung dieser beiden Steuern gestellt und, um ihre Opferwilligkeit — auf Kosten anderer — zu beweisen, gleich noch einen Antrag auf Erhöhung des Zeezolls hinzugefügt.

§ 1. Die Nummer 61 des zum Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 gehörigen Zolltarifs erhält folgende Fassung: Kaffee, auch Kaffeeschalen (Nirchschalen und Pergamenthüllen) roh 60 M., gebrannt oder geröstet, auch gemahlen 80 M. für einen Doppelzentner.

§ 2. In Nummer 65 des Zolltarifs wird der Zollsatz für Tee von 25 M. auf 50 M. für einen Doppelzentner erhöht. § 3. Dieses Gesetz tritt am ... in Kraft. Roker und gebrannter Kaffee sowie Tee, die sich am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes im freien Verkehr des Zollgebietes befinden, unterliegen nach näherer Bestimmung des Bundesrats der Nachverzollung. An Nachzoll sind für einen Doppelzentner zu erheben vom Kaffee 20 M., vom Tee 25 M.

§ 4. Bis jetzt beträgt der Zoll für rohen Kaffee 40 M., für Tee 25 M. Es wird also eine Erhöhung des Kaffeezolls um 60 Proz., des Teezolls um 100 Proz. vorgeschlagen.

Noch das genügt nicht: in ihrer Vorliebe für Steuern, die andere zahlen, hat die konservative Reichstagsfraktion außerdem gestern am Schlusse der Finanzkommissionsitzung noch folgenden Antrag einbringen lassen:

- Die Zündwarensteuer beträgt: 1. Für Zündhölzer, für Zündspäpchen und für Zündstäbchen aus Strohalm oder aus Pappe a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von weniger als 30 Stüd: 1 Pf. und mit einem Inhalt von 30—60 Stüd: 1 1/2 Pf. für jede Schachtel oder jedes Behältnis; b) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalte von mehr als 60 Stüd: 1 1/2 Pf. für 60 Stüd oder einen Bruchteil davon. 2. Für Zündkerzen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit 20 oder weniger Zündkerzen: 5 Pf. für jede Schachtel oder jedes Behältnis; b) in größeren Packungen für je 20 Zündkerzen oder einen Bruchteil davon: 5 Pf.

Die höheren Steuerjähre treten nicht ein, wenn die vorstehend angegebenen Stückzahlen um nicht mehr als 10 Proz. überschritten werden.

Selbst auf den alten Gas- und Elektrizitätssteuerentwurf des Herrn Schöps haben die konservativen wieder zurückgegriffen und ihm nachstehende Vorschläge entlehnt:

- Steuer auf: a) elektrische Glühlampen und Brenner zu solchen 1. bis zu 15 Watt 5 Pf. für das Stüd, 2. von über 15 bis 25 Watt 10 Pf. für das Stüd, 3. von über 25 bis 60 Watt 20 Pf. für das Stüd, 4. von über 60 bis 100 Watt 30 Pf. für das Stüd, 5. von über 100 Watt 50 Pf. für das Stüd; b) Glühkörper zu Gasglühlampen und ähnlichen Lampen 10 Pf. für das Stüd; c) Brennflüsse zu elektrischen Wogenlampen 1 M. für das Kilogramm; d) Quecksilberdampf- und ähnliche elektrische Lampen bis 100 Watt 1 M. für das Stüd, für solche von höherem Verbrauch je 1 M. mehr für jedes weitere angefangene 100 Watt. Natürlich darf hinter solcher Selbstlosigkeit im Dienste des geliebten teuren Vaterlandes das Zentrum nicht zurückbleiben. Verlegt sich die konservative Steuerbegeisterung auf die Verteuerung von Kaffee, Tee, Zündhölzern und Beleuchtungskörpern, so die zentrumspartheiliche auf die Verteuerung von Seife, Ruder und Parfümerien.

Die Abgeordneten Erzberger, Pächler und Müller-Fulda haben deshalb beantragt, in das Branntweinsteuergesetz einen § 103a einzuschalten. Es sollen besteuert werden: Riechmittel, Haut- und andere Verschönerungsmittel, Kapseln, Mund- und Zahnpulver, wohlriechende Essenzen, Extrakte, Tinkturen und Wasser, ausserdem wohlriechender Essig. Die Steuer ist wie folgt gedacht:

Table with columns: Für 1 Stüd oder 1 Behälter, a) im Kleinverkaufspreis bis zu 0,50 M. einfl., 0,10 M., b) über 0,50 bis 1,00 M. 0,25, c) 1,00 bis 2,00 0,50, d) 2,00 bis 3,00 1,00, e) 3,00 bis 5,00 1,50, f) 5,00 bis 8,00 2,50, g) 8,00 bis 10,00 3,50, h) 10,00 bis 15,00 4,50, i) 15,00 bis 20,00 6,00, k) 20,00 8,00.

Die Steuer soll vom Hersteller der genannten Erzeugnisse in Gestalt einer Vorschusssteuer entrichtet werden. Auf jeder Packung oder jeden Behälter muß der Kleinverkaufspreis angegeben werden. Unter diese Steuer würden natürlich auch wasserlösliche Seifen fallen. Und da der Begriff „Wohlgeruch“ wohl außerordentlich schwer bestimmbar sein dürfte — die „Geschmäcker“ sind bekanntlich verschieden — wird keine große Hindernisse dazu gehören, so ziemlich jede Art von Seife mit dieser Steuer zu belasten.

Wilschke II. gebrauchte einmal den besüßten gewordenen Ausdruck: „Seife, meine Herren, ist die Hauptsache!“ Das Zentrum scheint jedoch nicht bloß für politische Reinlichkeit keinen Sinn zu haben.

Ob zu den genannten Mitteln auch der Verbrauch zu kirchlichen Zwecken gehört, läßt sich noch nicht ersehen.

Die lächerlichsten Komödien werden doch auf den parlamentarischen Brettern gespielt!

## Die Radboder Kolonie vor Gericht.

Dortmund, 20. Mai. (Fig. Ber.)

Die Aussagen der heute vernommenen Zeugen waren fast durchweg schwer belastend für die Verwaltung der Sache. Direktor Audress fühlte sich zwar nicht bedrückt; auf seinem Gesicht lagerte sich stets ein fatales Lächeln, das sich gelegentlich, wenn besonders gravierende Aussagen kamen, in direkte Heiterkeitsausdrücke verwandelte. Der Verteidiger Rottbohm, Rechtsanwalt Frank, fühlte sich durch das Benehmen des gebildeten Vertreters der Großindustrie beschwert, aber das Gericht lehnte es ab, dem Herrn Direktor eine Rüge zu erteilen. Der Vorsitzende erklärte sogar, wenn das Verhalten der Verteidiger irreführend wäre, könne er ja neben Direktor Audress hinzusetzen oder sich auch umdrehen. Ein sehr bezeichnender Vorgang!

Generaldirektor Janssen von Radbod behauptet, daß sich der Landeshauptmann und der Regierungsräthel angeblich anerkennt über die Anlage ausgesprochen. Dagegen konstatiert der Verteidiger, daß Bantzen dieser Art im Landkreis Dortmund nicht zugelassen werden. Einen Antrag, darüber den Landrat von Dortmund zu hören, lehnt das Gericht ab. Regierungsrat a. D. Dr. Bäumer (Angestellter der Zeche Radbod) behauptete, hygienische Mängel seien bei der Errichtung der Einfamilienhäuser mitebestimmend gewesen. Er kam aber sehr in die Klemme, als Dr. Dittmer an ihn die Frage richtete, ob denn auch hygienische Mängel mitebestimmend gewesen, als beschlossen wurde, die Kolonie auf dem sumpfigen Terrain zu errichten. Nachgewiesen wurde, daß auch gesundes, trocken liegendes Terrain zu haben gewesen wäre.

Am wenigsten interessant gestaltete sich die Vernehmung des Amtmanns a. D. Stamm, der früher im Amte Drensteinfurt die Stelle eines Amtssekretärs bekleidete und in dieser Stelle die Bauangelegenheiten der Kolonie zu bearbeiten hatte. Es sei ihm sehr daran gelegen gewesen, die Interessen der Gemeindeväter zu wahren. Direktor Widdeldorf habe ihm aber gesagt: „Treten Sie für unsere Sache ein, es soll ihr Schaden nicht sein, alle Ihre Bemühungen werden bezahlt!“ Er, der Zeuge, habe es aber abgelehnt, Geld zu nehmen. Er habe darauf gedrungen, daß sich erst die Gemeindevertretung mit der Frage der Kolonie befassen und von der Zeche Garantien verlangen müsse. Da sei ein Verwaltungsbeamter zu ihm gekommen und habe gesagt, er möge sich in Sachen „Radbod“ nicht so sehr in den Vordergrund stellen, das könne ihm schaden, denn Regierungsrat Dr. Bäumer (bekanntlich Angestellter von Radbod) sei mit dem Herrn Landrat sehr befreundet.

Ram stelle sich vor: Das alles erzählt ein ehemaliger Amtmann! Er hätte wohl noch manche hübschen Sachen erzählt, wenn — der Staatsanwalt die große Gefahr nicht abgewendet hätte. Er erinnerte sich plötzlich, daß Herr Stamm doch Beamter gewesen und ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde nicht aussagen dürfe! In diesem Sinne entschied auch das Gericht. Rechtsanwalt Frank beantragte aber, daß die Genehmigung zur Aussage eingeholt werden soll. Und zwar soll Herr Stamm dann u. a. anfragen: daß gebaut wurde ohne Erlaubnis; — daß die Häuser den Mietern zu bestimmten Terminen versprochen wurden und sie bezogen wurden gegen den Willen der Behörde; — daß die Verträge zustande gekommen seien bei Schmeicheleien, und daß versucht worden ist zu schwindeln; — daß die Bauverhältnisse in Widerspruch stand mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Das Gericht beschloß, daß die Genehmigung nachzusuchen sei.

Sehr böse für die Verwaltung waren die Aussagen zweier Zimmerleute, die an hundert Häusern der Kolonie gearbeitet und die Fußböden gelegt haben. Sie sagten aus, daß unter dem Fußboden Wassertrichter standen. Die Isolierpappe war meist kaputt und das Wasser quillt durch. Der eine Zeuge zeigte dem Richterposten die Löcher, der aber sagte: „Nur, wenn das Haus umfällt, dann wir es auser!“ In seiner Heimat Sachsen wären solche Bauten polizeilich sühler worden. Ein Zeuge der Zeche hatte ausgesagt, daß die Häuser sechs Wochen im Rohbau gestanden hätten, um auszutrocknen. Die zwei Zimmerleute aber sagten, kaum fünf Tage hätten die Häuser im Rohbau gestanden, dann wäre schon mit den Zimmerarbeiten begonnen worden. Das Dach war noch nicht fertig, dann wurde schon verputzt. Das Brunnenwasser fanden sie ölig und stark riechend.

Sehr interessant gestaltete sich auch die Vernehmung des Zeugen Sewandowsky, des Bergmanns, der bei der Katastrophe dem Hohenollerbrunnen die Förderungen der Bergleute übermittelte. In einer Stunde quoll das Wasser durch die Dielen. In den Kleiderkränken waren die Kleider stets schimmelig. Das Wasser im Brunnen war braun wie Kaffee. Er ist daran erkrankt und hat es später nur noch gelockt gemessen. Generaldirektor Janssen hat selbst gesagt, das Wasser schmeckte schlecht, es müsse geändert werden. Es ist aber nichts geändert worden. Sewandowsky und dessen Frau leiden an Rheumatismus.

Der folgende Zeuge sagt: Als ich nach dem ersten Termin nach Hause kam, erhielt ich von der Verwaltung schriftlich meine Kündigung. Die Mietverträge sind ihm in der feuchten Wohnung verfault, die Kleider im Schrank waren schimmelig. Seine sämtlichen acht Kinder sind erkrankt und eins ist gestorben. Seine Frau leidet noch heute an Rheumatismus. Im Winter lag auf dem Boden der Schnee einen halben Meter hoch. Die Wände der Wohnung waren mit einer Eiskruste bedeckt, daß alles glitzerte. Sein Schuurbrett ist ihm an der Bettdecke festgefroren.

Ein anderer Zeuge sagt, die Wände seiner Wohnung waren so naß, daß das Wasser herunter und über die Dielen lief. Seine sämtlichen Möbel sind ihm verrotten.

Zeuge Peters, Gauarbeiter der baugewerblichen Hilfsarbeiter, hat gesehen, daß die Wohnungen schon bezogen wurden, als die Arbeiter noch an den Fensterbänken arbeiteten. Am Tage der Beerdigung der ersten Opfer der Katastrophe habe er in Begleitung des Reichstagsabgeordneten Böelburg verschiedene Wohnungen besucht und sie alle sehr naß gefunden.

Vom Kohlesteiger Thiem wird bekundet, er rede die Arbeiter mit Schimpfwörtern an, wie Lungenheiß, erbärmlicher Kerl, Faulpelz usw.

Ueber den Wettersteiger Kensing wird bezugst: Der Herr K. hatte einen Sprengschuß abgefeuert und stellte zur Entfernung der Gase den Ventilator ein. Pflüchlich merkte L., daß der Ventilator wieder abgestellt war. Als er den Ventilator nun wieder einstellen wollte, trat ihm Steiger Kensing entgegen und donnerte ihn an: „Wenn Sie den Ventilator noch einmal einstellen, dann haue ich Sie in die Presse!“ Das war der Wettersteiger, dessen Aufgabe es ist, für Luft zu sorgen!

Danach wird die Verhandlung auf Donnerstag verlagert.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Mai 1909.

### Resteausarbeiten im Dreiklassenhaus.

Während das preussische Haus der Lords bereits am Mittwoch in die Pflanzferien gegangen ist, hielt das Unter- alias Dreiklassenhaus am Donnerstag noch eine Sitzung ab. Viele der Geldforderungen waren allerdings dem Beispiel der geborenen Gesetzgeber gefolgt und hatten sich aus dem ständigen Berlin in die gesunde Pflanzferien ihrer Landhäuser verflüchtigt. Die Saalstadt ihrer Gesandten hatte aber nicht den Lebermut der zurückgebliebenen Junker gedämpft, welche dem Hause in gewohnter Brutalität die Geschäftsführung vorzuschreiben suchten. Ueber so viel Unverschämtheit geriet selbst die Milch der frommen Denkungsart in Kälteresagans Freisinnigkeit in Gärung und als die Brandenburger im Handumdrehen das verfassungsmäßige Weistumsrecht der Beamten konstatieren und den Polizeisekretär Krenndt in Breslau den disziplinarischen Züchtigungen des Rates Staat ausliefern wollten, wandte er sich gegen dies summarische Verfahren und erzielte mit Hilfe der Nationalliberalen und des größten Teils des Zentrums den Erfolg, daß der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Die Sekundärbahnvorlage wurde in dritter Lesung beschließend angenommen und die Wiederholung des entscheidenden Beschlusses von der zweiten Lesung glücklicherweise vermieden. Fast ohne Debatte wurde ein durch die Kommission ziemlich harmlos gestaltetes konservativer Agitationsantrag Hanssen zugunsten einer Ständeververtretung der kleinen Handelsreibenden angenommen.

Recht elend war das Schicksal eines freisinnigen Antrages, welcher den Wohnhofbuchhandel dem Preisbietenden übertragen und die Höchstfrist auf drei Jahre beschränken wollte. Erst fiel der erste Teil und dann der zweite Teil des Antrages. Möglich, daß eine bessere Formulierung des Antrages ihm zur Annahme verholfen hätte. An sich wäre es nicht unerwünscht, das Monopol der großen Buchhandlungsfirmen zu brechen, und es war reichlich bedenklich, daß der alte Träger mindestens indirekt diesem Monopole das Wort redete. Dafür hatte der freisinnige Redner umsonst recht in einer unvergleichlich wichtigeren Frage. Das lächerliche Verbot, welches die sozialdemokratische Presse und bürgerliche Blätter, wie den „Simplicissimus“, vom Verkauf auf den Wohnhöfen ausschließt, ist eine mehr noch Blöde als brutale Schilddrüsenkrankheit, durch die Deutschland noch hinter Gallien rangiert. Aber gerade die Sinnlosigkeit dieser Wohnhofzensur macht sie den herrschenden Parteien des Dreiklassenhauses wert. Schließlich wurde noch ein zweiter, den Namen des konservativen Zehndorfer Malermeisters Hammer tragender Antrag auf Befreiung der Geborogung der Privatbetriebe bei der Kommunalverwaltung angenommen. Und dann sprach Jordan v. Kröcher den Pflanzferien und das Haus verließ sich auf einige Wochen. Wohl erst gegen Ende Juni wird es sich wieder zusammensenden.

### Wer zahlt das letzte Fünftel?

Der Kampf um das „letzte Fünftel“ der geplanten Steuervermehrung nimmt seinen Fortgang. Nachdem durch ihre fogenannten Besitzsteueranträge die Konservativen zur Offensive übergegangen sind und in den letzten Tagen mit Hilfe des geselligen Zentrums einige weitere Positionen gewonnen haben, machen jetzt die Bankiers und Großindustriellen zur Gegenwehr mobil, da, wie es scheint, die Versicherung des Reichsschatzsekretärs, die Regierung halte die von den Konservativen vorgeschlagene Wertpapiersteuer für unannehmbar, ihnen doch nicht als genügende Sicherheit erscheint. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und der Zentralverband deutscher Industrieller versenden zunächst eine gemeinsame Einladung, in der es heißt:

„Wie bekannt, hat eine aus Konservativen und Zentrum zusammengesetzte Mehrheit des Reichstages diejenigen Steuern abgelehnt, welche, wie die Kapitalsteuer, von allen bestehenden Klassen und daher auch von ihren eigenen Kreisen mitzutragen sein würden. Zur Ausfüllung der von ihnen auf diese Weise selbst geschaffenen Lücke haben diese Parteien an gleicher Stelle die Annahme einer Reihe in ihren Voraussetzungen wie in ihren Folgen gleichbedeutender Steuerprojekte durchgesetzt, welche ausschließlich Handel, Industrie, Börse und Bankwesen in einer alle Grenzen überschreitenden Weise belasten und geeignet, dieselbe auch dazu bestimmt sind, die heutige wirtschaftliche Lage durch die hierdurch zugleich der Nacht, dem Ansehen und dem finanziellen Kredit des Reiches zugefügt wird, bleibt bei diesen Steuerprojekten gänzlich außer Betracht.“

Als Einleitung der Gegenaktion soll am 12. Juni eine Abwehrversammlung in Berlin stattfinden.

### Bankumsatzsteuer.

Gestern Abend hat wieder eine Konferenz im Reichsschatzamt mit Vertretern der Banken und Börse stattgefunden, die sich bis nach Mitternacht hinzog. Als Endergebnis besteht, wie das „Berl. Tagebl.“ erfahren haben will, der Eindruck, daß die Börse und die Banken mit 20 bis 30 Millionen belastet werden sollen. Die Form, in der die Belastung erfolgen wird, ist definitiv noch nicht festgestellt, doch können, wie wir weiter erfahren, Couponsteuer und Dividendensteuer für ausgeschlossen gelten. Man darf also wohl annehmen, daß die Absicht besteht, einen großen Teil der neuen Abgaben durch eine Bankumsatzsteuer aufzubringen.

### Mit der Auszahlung der Gehaltszulagen an die Beamten

befähigte sich das Staatsministerium in seiner letzten Sitzung. Es wurde beschlossen, daß die Auszahlung der erhöhten Gehälter und die Nachzahlung der Wohnungsgeldzuschüsse für 6 Quartale im Laufe des Monats Juni, spätestens am ersten Juli bei der Gehaltszahlung, erfolgen soll.

### Sind Volksschullehrer zu Reichsverbandsagitatoren geeignet?

Der Breslauer „Volkswacht“ ist aus den Geheimnissen des Reichsverbandes ein niedliches Dokument auf den Redaktionstisch geflogen, das recht charakteristisch dafür ist, wie hoch man in den großindustriellen Kreisen die Volksschullehrer einschätzt. Bekanntlich ver-

anstaltet der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit Unterstützung der preussischen Regierung „Ausbildungslaufe“ für Volksschullehrer, in denen letztere zu reichsverbändlichen Agitatoren gedrillt werden. Zu solchem Kursus hatten sich im vorigen Sommer, getrieben durch ihres Herzens ungestümen Drang, auch die Lehrer Hain und Burghardt in Dittersbach (Schlesien) gemeldet. Der Generalsekretär Daerr-Breslau schrieb darauf am 14. Juli an den Regierungsrat Reindorf in Waldenburg, den Direktor der fürstlichen Pflanzferien in Waldenburg, und teilte ihm mit, daß die beiden genannten Lehrer bereit seien, an dem Kursus teilzunehmen. Das Schriftstück wanderte hin und her. Schließlich traf Regierungsrat Reindorf als Vorsitzender des Vereins „zur Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen“ folgende Verfügung:

„Waldenburg, den 19. August 1908.

Herrn Schulinspektor Dr. Seehausen, Hochwohlgeboren, Waldenburg, mit dem ergebenen Ersuchen um baldgefällige Beantwortung.

Ich halte die Teilnahme der Herren Volksschullehrer an dem Ausbildungskursus nicht für empfehlenswert. R. E. kann die Aufklärung der Arbeiter auf politischem Gebiete in wirksamer Weise nur durch Personen erfolgen, die einen höheren Bildungsgrad besitzen und auf einem anderen politischen Standpunkt als ein erheblicher Teil der Volksschullehrer stehen. Ich halte hierzu eher die Lehrer an den Mittelschulen und den höheren Lehranstalten für befähigt. Nach Mitteilung des Reichsverbandes beabsichtigen die Lehrer Hain und Burghardt in Dittersbach an dem Ausbildungskursus teilzunehmen. Ich ersuche hierüber um gest. Beantwortung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende, gez. Reindorf.“

Das Schriftstück enthält außerdem noch folgende Randbemerkung aus Herrn Reindorfs Feder: „Die Vorstandssitzung des schlesischen Landesausschusses hat beschlossen, die Heranziehung von Lehrern nicht zu fördern.“

Der Herr Kreis-Schulinspektor war anderer Meinung. Er hielt die ihm unterstellten Lehrer nicht für zu dumm, um die Sozialistenernennung noch zu erlernen, und so schrieb er folgendes zurück:

„Waldenburg, den 20. August 1908.

Urchriftlich

dem Herrn Vorsitzenden des Vereins zur Förderung des Wohls der arbeitenden Klassen“

zu Waldenburg

ausgeliefert. Ihrem vorstehenden Urteile über die Volksschullehrer kann ich nicht beitreten; ich stelle Ihnen diesbezüglich eine Unterredung mit mir ergebenst anheim. Wegen die Herren Lehrer Hain und Burghardt zu Dittersbach habe ich für den vorliegenden Fall nichts zu erinnern. Hain hat sich bereits an die Regierung gewandt mit der Bitte, am Kursus teilzunehmen zu dürfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergehen

(gez.) Dr. Seehausen.“

Es ist kaum anzunehmen, daß die Lehrer, die sich zu den reichsverbändlichen „Ausbildungsläufen“ drängen, sich besonderer Intelligenz erfreuen; aber um das geistige Wissen aufzunehmen, das ihnen in diesen Dresdener Veranstaltungen geboten wird, dürfte ihr Verstand immerhin ausreichen.

### Wenn der Profit auf dem Spiele steht!

Die Fabrikanten von Antonen und Zanzgerplatten sind durch den Haager Schiedsspruch in der Casablanca-Affäre ganz aus dem Häuschen geraten. Was soll denn auch aus ihrem Geschäft werden, wenn etwa die Gewohnheit sich einbürgert, internationale Streitigkeiten durch einen Schiedsspruch zu schlichten, statt mit dem Säbel in der Faust? So fühlt sich denn die „Atheinisch-Westfälische Zeitung“ verpflichtet, Tag für Tag schwere Schimpfkanonaden gegen das Urteil und das — Gericht loszudonnern. Und das Interessante an der Sache ist, wie sie ganz ungeniert den Richtern größte Parteilichkeit unterschiebt. Sie erklärt es einfach für selbstverständlich, daß die Herren im Haag nicht nach der Gerechtigkeit entschieden haben, sondern nach den Interessen ihrer verschiedenen Auftraggeber. Ob sie das wohl auch realisieren würde, wenn es sich um deutsche Richter handelte? Das Schönste ist aber, daß sie den Richtern aus dieser Parteilichkeit gar keinen Vorwurf macht. Sie schreibt z. B.:

„Für den, der Staaten und Diplomaten kennt, war es klar, daß der italienische Richter nicht richte würde, sondern entscheiden würde, und zwar nach dem Wunsch seiner Regierung. Und das auch mit Recht. Denn die Interessen der Staaten sind so gewaltig, und es hängt so viel davon ab, daß man sich um das Wohl und Wehe von Millionen handelt, wenn sich nach diesen Interessen richten muß.“

Es ist doch merkwürdig, wie klar diese Vertreter des Großkapitalismus die Dinge beim rechten Namen nennen, wenn es um ihre eigenen Interessen geht. Wir aber wollen uns das Eingeständnis merken, daß nach Interessen und nicht nach Recht geurteilt werden soll, wenn es sich um das Wohl und Wehe von Millionen handelt. Ein solches „Wohl und Wehe“ zu konstruieren, wird auch in Streitfragen nicht internationalen Charakters niemals Schwierigkeiten bereiten. Und so ist durch die Schlussfolgerung: „Im Haag wurde und wird in allen Zeiten nicht Recht entschieden, sondern es wird Macht entschieden“, das Wesen der Rechtspflege überhaupt — nach kapitalistischem Geschmaack natürlich — treffend gekennzeichnet.

### Ein kleiner Irrtum.

Mit wohlgefälligem Behagen druckt die Ordnungspresse das Schreiben nach, worin der Rechtskonsulent Karl Erdmann Dortmund seinen Austritt aus der Partei erklärt hat, weil der Herr darin die Dortmunder Genossen in pöbelhafter Weise beschimpft. Selbstverständlich verschweigt die anständige Presse, was den Herrn zu dieser noblen Handlung veranlaßt hat. Sie hat einen zureichenden Grund, denn teilte sie das mit, so würden ihre Leser erkennen, daß Herrn Erdmann tugendhafte Entrüstung über die „Schurkereien“ keinerlei Glauben verdient. Gegen Erdmann lag ein Antrag auf Ausschluß aus dem Wahlverein vor, weil er sich in einer Geldangelegenheit gegen einen Schuldigen gelinde ausgedrückt, grober Ungehörigkeiten Schuldig gemacht hatte. Mit 84 gegen 16 Stimmen nahm die Generalversammlung einen von Lüdenbornmunder Parteigenossen gestellten Antrag auf Einleitung eines Schiedsgerichtsverfahrens an. Den Ausschluß wählte Erdmann bekanntlich nicht ab; er zog vor, dem Schiedsgericht aus dem Wege zu gehen.

Uebrigens ist verschiedenes Ordnungsbüchlein — in Berlin gehören die „Deutsche Tageszeitung“ und „Der Reich“ dazu — außerdem noch der kleine Irrtum passiert, den Herrn Rechtskonsulenten Karl Erdmann Dortmund mit dem Genossen Dr. August Erdmann, dem früheren Redakteur der „Atheinischen Zeitung“ und Verfasser des im Vorjahre erschienenen Werkes „Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland“ zu verwechseln. Mit der Freude, daß ein Herrortapender Sozialdemokrat der Partei den Rücken gelichtet hat, ist's also nichts!

### Protestversammlungen gegen die Vergeschnobelle.

Wie wenig die dem Abgeordnetenhaus vorliegende Vergeschnobelle, selbst nach den Abänderungen in der Kommission, den Vergeschnobellen bietet, geht schon daraus hervor, daß auch die christlichen Gewerksvereine in scharfer Weise gegen die Novelle protestieren. Das Organ der christlichen Vergeschnobellen, der „Vergeschnobellen“, erhebt die Forderung: Dem mit einem Reichsberggesetz

Diese Forderung soll durch eine Reihe öffentlicher Vergarbeits...

Schulden über Schulden.

Ein recht trübes Bild der Verschuldung der deutschen Städte...

Frankreich.

Nähertritt Riels.

Paris, 27. Mai. Der Ausschuss des Zentralverbandes...

Gegen die Amnestie.

Paris, 27. Mai. Der Syndikatsausschuss der Post- und...

Der Streik der Seelente.

Marseille, 27. Mai. Zweitausend eingeschriebene Seelente...

Die Lieferungskontrolle.

Paris, 26. Mai. Der Vertreter eines Eisenwerks, das der...

Die Entschuldigungsformel.

Paris, 27. Mai. In Verfolg des Haager Schiedspruchs in der...

England.

Eine neue Flottendebatte.

London, 26. Mai. In der heutigen Abend Sitzung des Unter...

machen, besteht nach meiner Uebersetzung schlechthin...

Beniger Verbosität.

London, 27. Mai. Unterhaus. In Beantwortung einer...

Die Türkei.

Konstantinopel, 26. Mai. Die Deputiertenkammer...

Eine Sozialistendebatte in der Kammer.

Konstantinopel, 27. Mai. Ein Tagesbeschluss des Kriegs...

Die Befragung der meuternden Soldaten.

Konstantinopel, 27. Mai. Ein Tagesbeschluss des Kriegs...

Dreizehn Hinrichtungen.

Konstantinopel, 27. Mai. Bei Tagesanbruch wurden heute...

Australien.

Melbourne, 27. Mai. Im Repräsentantenhaus der...

Die Branntweinsteuer in der Finanzkommission.

Die Beratung der Branntweinsteuer wird bei § 2, dem Kern...

Abg. Roske beantragte: Herabsetzung der Verbrauchs...

Die Freisinnigen wollen die Liebesgabe stufenweise bis zum...

Die Abstimmung ergab schließlich folgendes Resultat:

Eine ganze Reihe Paragraphe werden — zum Teil mit ge...

Eine Verschlechterung wurde bei § 34 durchgesetzt. In der...

Sodann beriet die Finanzkommission über § 34, Neuberan...

Der Antrag wurde abgelehnt. Ferner beantragten Weber und...

Aus der Partei.

Mit dem Sabul in der Faust...

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt mit: Unter der Signatur...

Sie sind mir auf der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“...

Selbstverständlich hat Genosse Müller die originelle Forderung...

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strassens der Presse. Wegen angeblicher Beleidigung...

# Gewerkchaftliches.

## Der Fabrikarbeiterverband

hatte im Krisenjahre 1908 ebenfalls einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl sank um 3250 Mitglieder gegenüber dem Vorjahre, sie betrug am Jahresabschluss 138 635. Immerhin war der Rückgang diesmal proportional bedeutend geringer als im Krisenjahre 1902. Während damals der Mitgliederabgang 6 Proz. ausmachte, betrug er diesmal nur 2 1/2 Proz. Beachtenswert ist ferner, daß der Rückgang nicht auf Vermehrung der Austritte, sondern auf Verminderung der Eintritte zurückzuführen ist. Der beste Beweis dafür, daß die schlechte Wirtschaftslage die gewerkchaftliche Agitation erschwert.

Trotzdem bietet die Finanzlage des Verbandes ein erfreuliches Bild. Die Einnahmen sind um 50 000 M. gestiegen. Unter den Ausgaben zeigen die für Unterhaltungen — mit Ausnahme der für die Streikunterstützung — eine starke Zunahme.

Die Steigerung des Ausgabepostens betrug 250 000 M. Für die Erwerblosenunterstützung wurden allein 235 473 M. mehr ausgegeben. Wie nachhaltig die Krise noch in diesem Jahre wirkt, geht daraus hervor, daß die Ausgaben allein für die Erwerblosenunterstützung im ersten Quartal dieses Jahres höher sind als die gesamten Einnahmen des Quartals.

Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Jahresabschluss 1 897 053 M., das sind rund 385 000 M. mehr als im Vorjahre. Einen freudigen Ausblick für die Entwicklung des Verbandes in diesem Jahre gibt die Mitteilung, daß der Verband allein in der letzten Woche eine Zunahme von 1000 Mitgliedern zu verzeichnen hatte.

## Berlin und Umgegend.

### Die Aussperrung der Maschinenarbeiter bei der Firma S. Gärtner u. Co.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die der Deutsche Maschinenarbeiterverband am Mittwochabend im Alten Schützenhaus veranstaltet hatte, wurde die Aussperrung in der Maschinenfabrik von S. Gärtner u. Co. besprochen. Der Referent Regge legte dar, wie die Firma schon seit längerer Zeit beitrebt war, den Zuschneidern die Kontrolle über die Auftragsausführung zu verschaffen. Die Zuschneider hatten schon früher dagegen opponiert, weil die Firma diese Mäßer benutzen wollte, um die Arbeiter mehr als bisher anzutreiben und die Leistungen der Arbeiter gegen einander auszuspielen, wodurch man eine Art Konkurrenz einführen konnte. Aus nichtiger Ursache wurde am Freitag wieder das Verlangen gestellt, Kontrollbücher zu führen, die Zuschneider lehnten es ab und alle sieben Leute wurden entlassen. In einer Bestätigung erklärten sich die Angestellten der Firma mit dem Verhalten der Ausschlepper einverstanden; sie nahmen ihre eigene Arbeit aber wieder auf und verpflichteten sich nur, keine Arbeiten der ausgeschlepten Zuschneider zu übernehmen. Den eingeleiteten Verhandlungen folgte sehr schnell die Aussperrung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, 88 Personen, darunter 65 weibliche. Herr Gärtner glaubt, seinen Willen mit Gewaltmaßnahmen durchsetzen zu können. Er sprach die „fürchterliche“ Drohung aus, daß er sich zur Ruhe setzen werde und seinen Betrieb auf 15 Wochen schließen wolle. Zugleich aber bittet er seine Kunden, da verschiedene eilige Aufträge vorliegen, um Rücksicht unter dem Vorbehalt, daß die Arbeiter bei ihm „streiken“, während er doch eine Aussperrung vorgenommen hat.

In einer Resolution sprachen die Versammelten ihre Enttäuschung darüber aus, wie Herr Gärtner den Herrenstandpunkt einnimmt, sie seien in der Verweigerung der Führung von Kontrollbüchern durch die Zuschneider keine Veranlassung zu einer Aussperrung und beauftragten die Ortsverwaltung des Verbandes, der Firma S. Gärtner zwecks Beilegung der Differenzen folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Die Zuschneider arbeiten unter dem alten System weiter. 2. Die Firma hat die Kontrollbücher, die jetzt von den Arbeiterinnen geführt werden müssen, einzuziehen.

Die Ausschlepper hatten zuerst die Absicht, auch eine Lohnforderung geltend zu machen, sie haben aber darauf verzichtet, um die baldige Beilegung des Streits wegen der Kontrollbücher nicht zu erschweren. In der Diskussion wurde die Schlichterrolle wie auch die Zwecklosigkeit der Kontrollbücher von verschiedenen Rednern beleuchtet. Man ist der Ansicht, daß die Kontrolle vom Kontor aus in einheitlicher Weise vorgenommen werden sollte, ohne die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen damit zu drangsalieren, und man nimmt die Gelegenheit wahr, zugleich die Abschaffung der Kontrollbücher für die Arbeiterinnen zu fordern.

## Deutsches Reich.

Im Malergewerbe zu Ragdeburg ist es zum Abschluß eines neuen Lohnvertrages gekommen, der dem seit drei Jahren zwischen dem Zentralverband der Maler und dem Arbeitgeberverband bestehenden Kriegszustand ein Ende machte. Weil während dieser drei Jahre ein Tarifvertrag des Arbeitgeberverbandes mit dem Reich-Dunderschen Gewerksverein bestand, lehnte ersterer zunächst jede Verhandlung mit den freigeorganisierten Gehilfen ab unter der fadenförmigen Begründung, diese hätten durch ihr späteres passives Verhalten den anfangs strikte abgelehnten Tarif stillschweigend anerkannt. Diese Auffassung wurde selbst vom Gewerksverein und vom Hauptvorsitzenden des Arbeitgeberverbandes nicht geteilt. Unter Mitwirkung der Hauptvorstände beider Organisationen kam dann schließlich ein neuer Tarif zustande, der den Gehilfen einige Lohnaufbesserungen bringt. Der Tarif sieht eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit vor bei einem Minimallohn von 51 Pf. pro Stunde für Maler über 20 Jahre, 44 Pf. für Maler unter 20 Jahre und 43 Pf. für Anstreicher, die vier Jahre im Beruf tätig sind. Für Nebertunden von morgens 5 bis 7 Uhr und abends 6 bis 9 Uhr sind 25 Proz. und für Arbeit von abends 9 Uhr ab sowie an Sonn- und Feiertagen 50 Proz. Zuschlag zu zahlen. Bei Arbeiten, die über drei Viertel Stunden von der Werkstätte entfernt sind, ist das Fahrgehalt oder die Laufzeit und bei Arbeiten, bei denen übernachtet werden muß, der notwendige Mehraufwand zu vergüten.

Mit diesem Tarifvertrage ist der mit dem Gewerksverein abgeschlossene gegenstandslos geworden. Mit der freien Innung konnte eine Einigung bisher nicht erzielt werden; sie will nur Vereinbarungen ihre Zustimmung geben, die eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bedeuten.

### Der Metallarbeiterverband als Grundbesitzer.

Der Metallarbeiterverband besitzt schon an mehreren Orten Grundstücke. Jetzt hat die Ortsgruppe Dielefeld des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Wald- und Wiesengrundstück in einer Größe von 85 000 Quadratmetern käuflich erworben. Das Grundstück ist eine halbe Stunde vor der Stadt gelegen und soll vorläufig zu Sommerausflügen für die Arbeiter sowie als Spielplatz für Kinder benutzt werden. Später ist beabsichtigt, ein Genossenschaftsheim für Verbandsmitglieder auf demselben zu errichten.

## Geädelt.

Einen neuen Achtungsgrund hat die Breslauer Firma Schläter u. Comp. (Ing. Ingenieur Adler) ausgeheckt. Die Firma, die ein Waagegeschäft für Gas- und Wasseranlagen betreibt, besendet an sämtliche Breslauer Firmen derselben Branche folgendes Schriftstück:

Bertraulich. Breslau I, den 17. Mai 1909.  
Herrn . . . . . Breslau.

Wir erlauben uns ganz ergebenst, Ihnen folgenden Vorgang zur gefl. Kenntnisnahme zu unterbreiten:

Berantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Glöckner, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhorns Buchdr. u. Verlagsanstalt.

Der bei uns beschäftigt getiesene Monteur C. . . D. . . , wohnhaft zu Breslau, war beauftragt, am 14. dieses Monats bei Herrn Gutmann, Rikolaisbadgraben 19, eine Lampe auf Unschädlichkeit zu untersuchen. Er führte diese Arbeit gegen 5 Uhr nachmittags aus. Abends um 9 1/2 Uhr wurden wir von Herrn Gutmann angefragt, daß nur durch die Vorsichtigkeit seiner Familienangehörigen eine schwere Explosion vermieden worden sei. Der Monteur hatte den Hahn der Lampe offen gelassen, so daß Gas ausströmte.

## Hochachtungsvoll

Schlüter u. Comp.

Also wegen eines lächerlich kleinen Versehens wird der Mann bei allen Breslauer Geschäften geädelt. „Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert.“

## Die „gesicherte Existenz bis ins hohe Alter.“

In der Brauerei Landesperger in Eilenburg erlitt ein Arbeiter W. einen Unfall, wodurch er sich den linken Knöchel und das rechte Schulterblatt verletzte. Nach zehntägiger Krankheit erhielt er die Kündigung vom Braumeister mit folgendem Schreiben zugestellt:

„Infolge ihrer Arbeitsunfähigkeit für den Brauereibetrieb kündige ich Ihnen hiermit per 21. Mai die Arbeit.“

Der Mann ist 57 Jahre alt und war 29 Jahre in dem Betriebe beschäftigt. Die Arbeitskollegen des W. und die Zahlstelle des Brauereiarbeiterverbandes waren mit dieser Lösung der Existenzfrage nicht einverstanden und erforderten um leichtere Beschäftigung für den alten Mann beim Braumeister nach, da er von seiner Unfallrente nicht leben könne. Der Braumeister stellte das unmögliche Verlangen, W. solle ihm ein ärztliches Zeugnis beibringen, daß er vollständig arbeitsfähig sei, dann könne er jeden Augenblick anfangen.

Als eine andere Lösung der Frage nicht möglich war, legten die Brauereiarbeiter die Arbeit nieder und erzielten nach einseitigem Streik die Wiedereinstellung des W.

Erste Differenzen sind bei der Firma Weis u. Co., Seilenfabrik in Remscheid, entstanden. Wiederholte Lohnabzüge haben die Arbeiter zum äußersten gereizt und es ist nicht ausgeschlossen, daß es, wenn die Firma nicht noch ein Einsehen hat und einer friedlichen Einigung mit den Arbeitern aus dem Wege geht, zum offenen Kampfe kommt. Zugung ganz besonders von Maschinenbauern ist strengstens fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten.

Der Wiesbadener Schuhmacherstreik wurde am Donnerstag durch einen für die Arbeiter günstigen Vergleich beendet. Die Innung hatte sich hartnäckig geweigert, mit dem Streikkomitee zu verhandeln. Schließlich gründeten eine Anzahl Meister eine neue, freie Vereinigung. Und diese freie Innung erklärte sich bereit, mit den Arbeitern in Verhandlungen einzutreten. Es wurde dann ein neuer Vertrag auf drei Jahre festgelegt. Jetzt müssen nun auch die Meister, die der alten Innung angehören, in den sauren Apfel beißen und sich ebenfalls dem Vertrage anschließen, den die freie Innung mit den Arbeitern abgeschlossen hat.

## Eine Schrammadergründung.

Auf Veranlassung des Generalsekretärs Rasse-Berlin ist ein „Kartell des Bauhandwerks in der Kreishauptmannschaft Dresden“ gegründet worden. In einer am 11. d. M. in Dresden stattgefundenen Versammlung von Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe sind die Satzungen und die Geschäftsordnung des Kartells aufgestellt und angenommen worden. Zweck des Kartells ist: „Bei gewerblichen Kämpfen den kartellierten Verbänden für die im Geltungsbereich des Kartells vorhandenen Betriebe mit Rat und Tat zur Seite zu stehen; den als unberechtigt erkannten Forderungen der Arbeitnehmer in wirksamer Weise entgegenzutreten; allgemeine Einführung der Streiklausel; Befämpfung von Sympathiestreiks; gegenseitige Unterstützung bei Streiks oder Aussperrungen; Förderung der Organisation der Arbeitgeber durch Gründung weiterer Arbeitgeberverbände usw. Am Schluß heißt es: „Es ist allen Arbeitgebern dringend zu empfehlen, sich zusammenzuschließen. Einigkeit macht stark!“

## Ein christlicher Kreuzweg von der Remesis ereilt.

Ende Januar wurden in Düsseldorf acht frei organisierte Hafenarbeiter wegen angeblicher Erzeße gegen christlich organisierte Streikbrecher zu insgesamt 58 Monaten Gefängnis verurteilt. Einer der Führer dieser christlichen Streikbrecher, die unsere Genossen auf lange Zeit ins Gefängnis brachten, war der Hafenarbeiter Peter Schmiy aus Neuh bei Düsseldorf, ein Bruder des christlichen Arbeiterssekretärs. Jetzt mußte dieser Peter Schmiy vom Richter Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt werden, weil er am 19. April den frei organisierten Hafenarbeiter Josef Kleinfort und einen anderen Arbeiter mit Faustschlag und mit dem Revolver bedroht hatte. Kleinfort war in jenem Januarprozeß ebenfalls auf Grund christlicher Zeugenaussagen zu 3 Wochen Haft verurteilt worden.

Der Kampf der Tischler in Nürnberg scheint sich zu einer Nachprobe mit dem neugeborenen Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe in Bayern e. d. R. h. auszuweiten zu sollen. Rund 300 ledige Schreiner haben darum die Stadt bereits verlassen und werden anderweitig gern eingetellt. Die Unternehmer pöbeln kräftig in den bürgerlichen Blättern. Es beweist dieses, daß sie tief in der Tasche sitzen. Auf die in großer Anzahl losgelassenen Arbeitswilligen-Inserate ist bisher noch niemand hineingefallen.

## Christliche Lügenpeter.

Das Mitglied Johann Klebl des christlichen Holzarbeiterverbandes in Rosenheim glaubte durch gemeine Verleumdung des Deutschen Holzarbeiterverbandes seinen Nebenkollegen leichter für seinen Verband kapern zu können. Unter anderem behauptete dieser edle Christenbruder, der Kassierer der Rosenheimer Zahlstelle hätte Gelder unterschlagen. Vor das Vermittlungsgremium des Stadtmagistrats geladen, kniete der tapferere Christ zusammen und erklärte sich zur sofortigen Zurücknahme der Verleumdung unter dem Ausdrücke des Bedauerns und zur Zahlung einer Buße von 10 M. an die städtische Armenkasse bereit. Die eigentlichen Schuldigen sind dabei der verdienten Strafe trotzdem entronnen, denn auf die Frage des Richters, ob er sich denn solche schwere Verleumdungen aus den Fingern gelogen, da meinte der junge Mann, er hätte dieses von einem ihrer Referenten in der Versammlung gehört, könne sich aber dessen Namen nicht mehr erinnern. Infolgegedessen mußte also ein christliches Mitglied für die Lügenbeuteileten gewissloser christlicher Hepapostel büßen. Solches alteriert letztere allerdings nicht im mindesten, es wird immer wieder feste daraus gelogen nach dem schönen Grundsatz: „Verleumde nur fest darauf los, es bleibt doch etwas hängen.“

## Aus Industrie und Handel.

Die Schwierigkeiten der Firma Gnd und Straßer scheinen aus dem Wege geräumt zu werden. Fünf Mitglieder des Aufsichtsrates haben sich bereit erklärt, nicht 500 000 M., wie die Bank fordert, wohl aber 300 000 M. a fonds perdu aufzubringen. Es hängt nun alles davon ab, ob noch 400 000 M. Aktien von anderer Seite gezeichnet werden. Gelingt die Aufbringung auch dieser Summe, dann dürfte die Sanierung gesichert sein.

## Die Mehl- und Brotpreise.

An der Berliner Produktenbörse ist der Preis für Weizen von 204 M. pro Tonne zu Beginn des Jahres auf 258 M.

Mitte Mai oder um rund 26,4 Proz. in die Höhe gegangen. Der Preis für Weizenmehl ist nach den Notierungen an der Berliner Produktenbörse von 250 M. pro Tonne auf 315 oder um rund 26 Proz. gestiegen. Das heißt also: die Preise für Weizenmehl haben sich nach der Börsennotierung im nämlichen Grade gehoben wie die Weizenpreise. Allerdings haben sich die Börsennotierungen für Mehl im Verkehr noch nicht in der genannten Höhe durchgesetzt, aber das wird noch kommen. Auch im Detailverkehr ist der Mehlpreis der Hausse am Getreidemarkt noch nicht gefolgt. Die Wäcker decken noch aus Mehlabschlüssen zu niedrigeren Preisen als bisher die Preishausse am Getreidemarkt die Brotpreise weniger tangiert hat, so ist doch als sicher anzunehmen, daß eine stärkere Wirkung der hohen Getreidepreise fernerhin nicht ausbleiben wird. Schon die Verteuerung des Brotes um nur einen Pfennig fällt für den Brotkonsum ganz erheblich ins Gewicht. Nehmen wir nur an, daß auf den Kopf der Bevölkerung wöchentlich eine Portion von 5 Kilogramm Roggenbrot zu rechnen ist, so würde sich der Gesamtkonsum an Brot bei einer Brotlaufenden Bevölkerung in Höhe von 45 Millionen auf 225 000 Tonnen stellen. Ein Pfennig Aufschlag pro Kilogramm macht dann schon bei gleichbleibendem Verbrauch eine Mehrbelastung von rund 2,25 Millionen Mark oder im Monat annähernd eine solche von 10 Millionen Mark. Da von Januar oder Februar sich im Durchschnitt von 55 Städten der Brotpreis um einen Pfennig pro Kilogramm erhöht hat, so sind in den vier Monaten dieses Jahres schon mindestens 40 Millionen Mark mehr für Roggenbrot verausgabt worden, als wenn der Brotaufschlag nicht gekommen wäre.

## Kaffeezoll.

Um die starken Schultern zu schonen, sind die Konsumatisten so auch auf den Gedanken gekommen, den Kaffeezoll erheblich zu erhöhen. Die Folgen würden diese sein: stärkere Brandschätzung der Kermis, bei denen der Kaffee einen Hauptbestandteil der Ernährung bildet, Rückgang des Konsums und Steigerung des Alkoholkonsums, was wiederum vermehrte Liebesgaben für die junkerlichen Schnapsbrenner bedeutet. So saugen die Edelfeinsten und Besten der Nation aus dieser Blume zweimal Nahrung. Sie wälzen die Steuerlasten auf andere ab und heimeln dafür mehr Liebesgaben und höhere Gewinne ein. Daß die Zölle den Konsum beeinflussen, kann man an der Verbrauchsbewegung in Italien lernen.

Der Kaffeekonsum hat sich in Italien in den letzten 10 Jahren bemerkenswert vermehrt, was auf die im Jahre 1900 erfolgte Reduktion des Einfuhrzollens zurückzuführen ist. Von 126 834 Zentner in 1899 stieg der Import auf 227 608 Zentner in 1908. Vom Importquantum des letztgenannten Jahres entfielen allein 154 723 Zentner auf Brasilien.

Im Erntejahre 1906/07 betrug der Export der in Frage kommenden Kaffeeländer total 23 732 387 Sac à 60 Kilogramm.

Diervon entfielen auf	
Brasilien	20 137 387 Sac
Mittelamerika und Mexiko	1 745 000 "
Venezuela, Columbia, Ecuador u. Peru	850 000 "
Java	500 000 "
Portoriko	375 000 "
Diverse Länder	325 000 "
<b>Total</b>	<b>23 732 387 Sac</b>

Man überzeugt sich also, daß der weitaus meiste Kaffee, der konsumiert wird, aus Brasilien kommt. Und daher hat die beantragte Zollserhöhung auch noch eine andere Bedeutung. Brasilien ist nicht nur exportierendes, sondern importierendes Land. Aus Deutschland bezieht Brasilien vorwiegend: Eisenbahnmateriale, Glaswaren, Kabel, Farben, Textilergzeugnisse, Draht, Küchengeräte, Kleinfabrikzeugnisse, Metall- und Edelmetallwaren usw. Eine Kaffeestenerhöhung in Deutschland würde naturgemäß Repressalien in Brasilien gegen deutsche Industrieerzeugnisse provozieren und so läme zu den übrigen Folgen der Zollserhöhung auch noch eine Beschränkung unserer Ausfuhr, das heißt: Verschlechterung des Arbeitsmarktes.

## Schutzzollwirkungen.

Die Firma Zwillingsswerd J. A. Henckels in Solingen hat sich zu einer Betriebs Einschränkung entschließen müssen. Die Firma hatte für die etwa 1000 Arbeiter ihres Establishments sowie für ihre zahlreichen selbständigen Heimarbeiter immer noch ausreichend Beschäftigung. Der Rückschlag wird hauptsächlich auf die letzten Senatsbeschlüsse im Weizen Hause in Washington zurückgeführt, wo der Einfuhrzoll für bessere Rasiermesser um 50 Prozent erhöht wurde. Die Einfuhr von besseren Rasiermessern nach den Vereinigten Staaten wird dadurch fast unmöglich gemacht. Die größeren, kapitalkräftigen Firmen werden, wie es heißt, wenn die Zollhöhe Geleg werden, dazu übergehen, in Amerika Zweiggeschäfte zu errichten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Blutdürstige Parlamentarier.

Wien, 27. Mai. (B. T. Z.) Infolge eines Zwischenfalls in der heutigen Sitzung des Budgetausschusses sandte der tschechische Abgeordnete von Kolberg dem Aldeutschen Malii seine Zeugen, die Abgeordneten Ubrzal und Stanek. Malii nominierte die Abgeordneten Tro und Koller. Wie es heißt, wurde ein Duell unter schweren Bedingungen vereinbart.

Paris, 27. Mai. Im Laufe der heutigen Verhandlung der Deputiertenkammer warf Labori der Regierung vor, daß sie kapituliere. Zwischen ihm und dem Unterstaatssekretär des Krieges, Cheron, fand ein heftiger Wortwechsel statt. Nach Schluß der Sitzung schickten sich Cheron und Labori gegenseitig ihre Beugen.

### Bulgarien protestiert.

Sofia, 27. Mai. (Melbung des Wiener I. I. Teleg. Corresp. Bureau.) Wie in maßgebenden Kreisen verlautet, hat der Ministerrat beschlossen, an die Pforte eine Note zu richten, in welcher gegen eine weitere Verzögerung der Angelegenheit der Entschädigung der Orientbahnen Einspruch erhoben und hinzugefügt wird, die bulgarische Regierung werde sich im Falle weiterer Verzögerung aller Verpflichtungen für entbunden und berechtigt halten, die Maßnahmen zu treffen, die sie angesichts der Haltung der Pforte für gut finde.

### Vom Streik der Seelente.

Paris, 27. Mai. (B. T. Z.) Der Marineminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Postwesens hatten heute eine Besprechung über die durch den Ausstand der eingeschriebenen Seeleute hervorgerufenen Schwierigkeiten. Minister Barthelemy wird die Frage prüfen, welche Land- beziehungsweise Seewege zur Beförderung der nach China, Japan, Australien und Amerika bestimmten Post benutzt werden sollen. Für Algerien würde eine längere Fortdauer des Ausstandes großen Schaden bedeuten, da beträchtliche Mengen von Erntingemühen und Früchten, die der Beförderung nach Frankreich hatten, dem Verderben preisgegeben wären.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. UnterhaltungsBL.

5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Dresden, 28. Mai 1909.

Dritter Verhandlungstag.

Der Vorstandsbericht steht weiter zur Debatte. Nach dem Schlusswort der Berichterstatter werden alle Anträge und Resolutionen zur Organisation des Pflegepersonals einer Tagelöhnerkommission überwiesen.

Der Vorschlag des Verbandsvorstandes geht dahin, für männliche Mitglieder neben der 35 Pf.-Klasse eine 45 Pf.-Klasse einzuführen, letzterer sollen alle die Kollegen angehören, welche mehr als 18 W. Wochenlohn haben.

Die sich hierdurch ergebende Mehreinnahme würde bei 25 000 zahlenden Mitgliedern der erhöhten Klasse pro Jahr 97 500 M. betragen. Die angenommene Mitgliederzahl wird ungefähr mit dem 1. Januar 1910 in Frage kommen.

Der Verbandsvorstand macht nun den Vorschlag, für die Mitglieder der 45 Pf.-Klasse die Unterstützung von 4 M. auf 8 M. pro Woche zu erhöhen. Ferner an alle Mitglieder die Unterstützung vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit an zu zahlen, wenn diese länger als eine Woche dauert.

Es folgt dann eine genaue rechnerische Begründung der hieraus entstehenden Mehrausgabe.

Hierauf wird die ganze Materie einer Kommission zur Beratung überwiesen.

Genosse Bauer erhält das Wort zu seinem Vortrag über „Die Reichsversicherungsordnung“.

Er legt folgende Resolution vor: „Der vom 23. bis 29. Mai 1909 in Dresden tagende fünfte Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt aus Anlaß des veröffentlichten Entwurfs der Reichsversicherungsordnung erneut die Forderung, daß alle Gemeinde- und Staatsbetriebe den Arbeiterversicherungsgeetzen unterstellt werden.“

Für die Invalidenversicherung bringt der Entwurf der Reichsversicherungsordnung die so dringend erforderliche Erhöhung der Rente nicht. Die im Gesetz vorgesehene Lohnklassen sind unzureichend und den heutigen Dienstverhältnissen nicht mehr entsprechend.

Kleines feuilleton.

Die Prostitution in Petersburg. In den letzten Tagen hielt der Sekretär des „Hauses der Barmherzigkeit“ zu Petersburg, A. Sacharoff, einen Vortrag über die Prostitution in Petersburg und über den Kampf gegen sie.

Die Gefährlichkeit riesiger Meteore ist, wie die „Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik“ schreibt, in neuerer Zeit durch eine Anzahl von sehr auffälligen Vorfällen erläutert worden.

den durch die Reichsversicherungsordnung geplanten Raub des Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen und die damit verbundene Entziehung der Versicherung.

Der Verbandstag fordert Aufrechterhaltung des bisherigen Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkassen. Erwähnung desselben auch für die Landkrankenkassen. Weitgehende Zentralisation der Krankenkassen und damit Aufhebung der Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Der Verbandstag spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die Regierung die seit mehr als 25 Jahren bestehenden Rechte der Versicherer in den Ortskrankenkassen nehmen und die Leistungen in der Unfallversicherung erheblich verschlechtern will.

Nicht Entziehung der Versicherer und Verschlechterung der Leistungen, sondern Sicherstellung und Erweiterung der Selbstverwaltung und Erhöhung der Leistungen muß das Leitmotiv einer gesunden Reform sein.

Ueber den internationalen Kongress zu Stuttgart berichtet Sebald-Rünchen, über internationale Verbindungen der Staats- und Gemeindearbeiter Mohs, Berlin.

Da eine Debatte über diese Punkte nicht stattfindet, wird die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Soziales.

Ist ein Lohntarif-Vertrag stempelpflichtig?

Diese Frage beschäftigte Mittwoch das Landgericht Hannover als Berufungsinstanz. Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Steinfeherbranche kam es während eines Streiks zum Abschluß eines Lohntarif-Vertrages, der den Streit beendete.

Die Freisprechung dürfte gerechtfertigt sein, nicht aber die Begründung. Ein Lohntarif-Vertrag ist ein klagbarer Vertrag. Er enthält die Verpflichtung der Arbeitgeber, in Zukunft Lohntarifrträge mit den im Tarifvertrage angegebenen Minimalbedingungen zu schließen.

ohne jeden Schaden davon kam. — Schlimmer als der „Cambrian“ erging es einem englischen Segelschiff „Eclipse“, dem während eines schmerzlichen Wetterstills im Stillen Ozean von einem großen Meteor der Bodmast zertrümmert und das Vorderteil des Schiffes glatt durchgeschlagen wurde.

Theater.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus: Die beiden Leonoren von Paul Bindau. Wenn ein Lustspiel aus der so raschlebig wechselnden Sphäre der modernen Gesellschaft noch nach zwanzig Jahren durch seine Frische zu stehen vermag, dann muß es gute künstlerische Qualitäten haben.

Humor und Satire.

Der Haager Spruch.

Den Schiedsspruch, der zur Affäre der Defecteurs von Casablanca dieser Tage gefällt wurde, glossiert Gostlich in „Tag“: Die Reibung mit Frankreich schien lange chronisch, nun ruht sie in der Zeit des Schok.

Stelle des Stempelsteuertarifs und deshalb ist die Freisprechung gerechtfertigt.

Die Reichsversicherungsordnung für die Bureakraten.

Die in Hannover erscheinende juristische Zeitung „Das Recht“ befaßt unsere Darlegung, daß die mit so großem Lantam verknüpfte „Reform“ der Sozialpolitik im wesentlichen Unterbringung eines Hausens höherer Beamter und Vorteile für Kerzte auf Kosten der Arbeiter anstrebt.

Die dem Bundesrat vorliegende Reichsversicherungsordnung eröffnet für die große Zahl überzähliger Assessoren günstige Anstellungsaussichten, indem nach § 88 der Reichsversicherungsordnung Versicherungsdämter als Spruchbehörden erster und § 91 der Reichsversicherungsordnung) Obergerichtsämter als Spruchbehörden höherer Ordnung in Aussicht genommen sind.

Anstellung von 1600 Assessoren, das nennt man: Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Die Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder.

Am Schlußtage der dritten Konferenz für Volksschulkinderversorgung sprach Geh. Medizinalrat Universitätsprofessor Künnes-Verlin die Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder. Er ging von den Erhebungen der Zentralstelle für Volksschulkinderversorgung aus, die die bereits bekannnten Klagen, daß die Ernährung der Schulkinder auch bei uns in Deutschland, besonders in den Städten in Industribezirken, eine mangelhafte ist, vollauf bestätigt habe.

Endgültig ist der Fall entschieden. Den man dem Haager Gericht überwiegt, Beiderseits ist die Presse zufrieden (Besonders die Presse von Paris).

Halb recht und halb auch unrecht kriegte Jedweder Teil vor dem Gericht. Wir sind nicht Sieger, nicht Besiegte (Besonders Sieger sind wir nicht).

Vor allem empfiehlt es sich für jeden, Sei er Pessimist oder Optimist, Ueber den Fall nicht mehr zu reden, Weil er glücklich beendet ist.

Notizen.

— Eine Zweipennig-Bibliothek hat der Verleger des „Rührer Hintenden Voten“ (Koritz Schauenberg) ins Leben gerufen. Er will mit diesem Unternehmen gegen die Schuldliteratur wirken und hat in den bereits herausgegebenen 1500 Nummern vornehmlich die „Klassiker, aber auch andere gute Erzähler (Anzengruber z. B.) berücksichtigt.

— Marcelle Prédost wurde an Stelle Sardous zum Mitglied der Académie Française gewählt. Die „Unsterblichkeit“, die einem Gola verlagst ward, erringt ein Prédost mit spielender Leichtigkeit und — Sechsigkeit. Die „Unsterblichkeit“ der guten Académie wird immer mehr zum Kindergeispött.

— Der neueste Leopold-Standal, die Verschönerung der königlichen Gemäldegalerie, hat jetzt wenigstens in Bezug auf das kostbare Van Dyck-Bild eine für Belgien erfreuliche Wendung genommen. Die Museumskommission beschloß unter dem Vorsitz des Staatsministers Deernaeris, das Bild, das den Bildhauer Duquesnoy, den Schöpfer vieler einheimischer Werke (u. a. des fleischlich-humorvollen „Kannenen-Bis“) darstellt, für das Brüsseler Museum anzukaufen.

Wesend seitens der Kommunen und Krankenkassen mit Unterstützung der Invalidentätigkeitsstellen; e) Ausgestaltung des Volkshilfenwesens seitens der Städte und privater Organisationen; f) billige Abgabe von Naturalien durch städtische Markt- und Verkaufshallen an unterstützungsbefürchtete und kinderreiche Familien; g) besondere Fürsorgeeinrichtungen zur Verhütung drohender Unterernährung von Kindern in Zeiten der Arbeitslosigkeit seitens der Kommunen und Versicherungsorganisationen.

Der Vortrag des Referenten Geheimrat Prof. Dr. Rubner wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion empfahl Delibsch-Flaun, Direktor einer Hörschule für schwachbegabte Kinder, ein Merkblatt gegen die englische Krankheit. — Kommerzienrat Langenbach-Darinschmidt erörterte die finanzielle Seite der Frage. Angeht es die Finanzkraft des Reiches und der Kommunen bleibe nichts übrig, als die Mittel zur Speisung der Volksschulkinder auf dem Wege der Selbsttätigkeit aufzubringen, z. B. durch Kinderhilfskassen. — Lehrer Conrad Langh-Kirchhoff: Man begreift heute nicht mehr die Arbeitsleistung, die eine Mutter verrichtet, wenn sie ihr Kind so erzieht, wie es ertragen werden muß. (Zustimmung.) Wir müssen also der Geldkultur unserer Zeit die Familienkultur entgegenstellen. Wenn die Degeneration auf der ganzen Linie weiter fortschreitet und schließlich eine Verminderung der Wehrkraft eintritt, dann wird man auch schon die Mittel bereitzustellen. Die ganze Frage sollte aber mehr gelöst werden auf der Basis des Rechts als auf der der Wohltätigkeit. Die Kinderfürsorge müsse stets eine Frage der Familienpflege bleiben. — Geh. Oberregierungsrat Dr. Freudenberg-Berlin bestätigte die Ausführungen des Vorredners. Die Quantität der Schurken stehe in entgegengelegtem Verhältnis zu ihrer Qualität. — Bürgermeister Dr. Webers-Worms gab den Bedenken Ausdruck, die bei den städtischen Verwaltungen gegen eine Schulpflicht sprechen. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern würde bedenklich herabgemindert, und zwar oft so weit, daß die Mütter die gesamte Erziehung vernachlässigen. Ein besseres Mittel als in der Schulpflicht erlöste er in den Walderschulheimen für Kinder. Helene Simons-Berlin fordert eine gesetzliche Regelung dieser Frage nach dem Vorbilde Englands. Danach soll durch Reichsgesetz die Schulpflicht vorgeschrieben werden, wo ein Bedürfnis vorliegt. Das Wie müsse den Gemeinden überlassen bleiben. — Bürgermeister von Hollander-Rammheim ist im Gegensatz zu Dr. Webers der Meinung, daß Schulpflichtungen nicht erreicht werden können durch Walderschulheimen. Auch in dieser Frage sei besondere Rücksicht auf das Familienleben zu nehmen, daher solle das Mittagessen usw. nicht im Schulhaus, sondern in Familien für Kinder verabreicht werden. Die Speisungen sollen im weitesten Umfange stattfinden, aber in keiner Verbindung mit der Schule.

In seinem Schlussworte verbot der Referent Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Rubner darauf, daß gute Luft noch lange nicht das Substitut der Ernährung zu ersetzen vermöge. Hinsichtlich der Aufbringung der Mittel denke er nicht an ein Eingreifen der Reichsgesetzgebung. Die Höhe der auszuwendenden Mittel schätze er auf 2-3 Millionen Mark, die ganz gut auf charitativen Wege aufgebracht werden könnten.

Die zum Teil durch die Volkspolitik geschaffenen traurigen Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder sind so schreckend, daß nicht die Privatwohlthätigkeit genügt, sondern die öffentlichen Organe, in erster Reihe die Gemeinden, helfend eintreten müssen.

### Ein Verzeitskreis in Straßburg-Land.

Vor einigen Wochen kündigte der Vorstand der Ortskrankenkasse 4 für die Gemeinden Schiltigheim, Wischheim, Hönheim und Reichsthal bei Straßburg zwei Verzeits, die sich in beiderseitiger Weise gegen den Vorstand der Kasse geäußert hätten. Darauf beschloß der Kreisverband in Straßburg-Land, die Mitglieder der Kasse nur noch gegen die ärztliche Mitarbeit zu behandeln und verlangte weiter von den Kassen den Abschluß eines Vertrages auf Grundlage der freien Arztwahl. Im Interesse der Mitglieder

und der Kasse wolle der Vorstand auf diese Forderung nicht eingehen. Nunmehr hat der Vorstand des Kreisverbandes Straßburg-Land beschlossen, so lange der verlangte Vertrag nicht abgeschlossen ist, die Tätigkeit der Kasse mit Ausnahme von Notfällen einzustellen.

## Gerichts-Zeitung.

### Kerstliche Schmiegelder.

Die in Kerstkreisen wie im Publikum in gleichem Maße aufsehenerregende Privatklage des Sanitätsrats Dr. Röll gegen den praktischen Arzt Dr. Albert Levin in Schöneberg kam gestern in der Verurteilungssitzung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung. Es handelt sich bekanntlich um die gegen hochangesehene Ärzte und Professoren erhobene Beschuldigung, daß sie an dritte Personen für die Zuführung von Patienten Vergütungen zahlen. Die Angelegenheit ist feinerzeit vom Schöneberger Kerstverein in Fluß gebracht worden. Die Sanitätsräte Dr. Röll und Dr. Friedemann-Schöneberg hatten sich um Verhütung von Material bemüht und solches war wohl auch dem Dr. Levin in Aussicht gestellt worden. Als dies nicht in dem erhofften Maße ihm zugestellt wurde, warf Dr. Levin dem Sanitätsrat Dr. Röll in einem Briefe vor, daß er „entweder aus Feigheit oder anderen unehrlichen Motiven mit seinem Material zurückhalte oder nicht die Wahrheit gesagt habe und gar kein weiteres Material besitze“. Dieser Brief bildete die Grundlage der Privatklage, bei deren Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg feinerzeit von den Sanitätsräten Dr. Röll und Dr. Friedemann um überraschende Mitteilungen über „ärztliche Schmiegelder“ gemacht wurden. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten Dr. Levin zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Nach der Vernehmung des Sanitätsrats Dr. Friedemann und der Ablehnung einer Reihe Weisungsanträge kam folgender Vergleich zu Stande: Der Angeklagte erkennt an, daß der Privatkläger korrekt und einwandfrei gehandelt hat und daß er insbesondere aus ehrenhaften Gründen über ihm bekannte Tatsachen die Auskunft verweigert hat sowie ferner, daß ihm erhebliches Material zur Verfügung stand. Der Angeklagte nimmt den erhobenen Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und trägt die gerichtlichen und seine persönlichen Kosten.

### Betrugsprozess.

Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I wurde unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sobel gestern in der Verurteilungssitzung ein umfangreicher Betrugsprozess verhandelt, dessen Dauer zunächst auf zwei Tage berechnet war. Angeklagte waren der Kaufmann Otto Vogel und dessen Sohn. Vogel betrieb in Berlin ein Geschäft unter der handelsgerichtlichen eingetragen Firma Otto Vogel u. Sohn, das den Zweck verfolgte, Geschäfts- und Grundstücksverkäufe zu vermitteln. Der Angeklagte Otto Vogel trat teils persönlich, teils durch Vermittler mit solchen Personen, die Geschäfte oder Grundstücke veräußern wollten und auf die er durch ihre Annoncen in den Tageszeitungen aufmerksam gemacht war oder die er durch seine eigenen Annoncen auf sich aufmerksam machte, in Verbindung. Zur Verfolgung seiner Zwecke gründete er die „Allgemeine Geschäfts- und Grundstückszeitung für ganz Deutschland“. Die Anlage sieht auf dem Standpunkte, daß die Zeitung nur eine Scheinexistenz gehabt habe und daß es dem Angeklagten nur darauf angekommen sei, Provisionen und Annoncengebühren einzuschieben. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten Otto Vogel in 21 Fällen des vollendeten und in 8 Fällen des versuchten Betruges schuldig befunden und zu 1 Jahr 6 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt. Wegen Betruges wurde eine mitangeklagte Sohn zu 100 Mark, ein weiterer zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt, ein dritter freigesprochen. Gegen das Urteil ist von den Angeklagten Berufung eingelegt worden. Sie bestreiten jede Schuld und haben

einen umfangreichen Entlastungsbeleg angetreten. Es waren zur Verhandlung weit über 100 Zeugen und Sachverständige geladen. Otto Vogel befindet sich bereits seit dem Herbst vorigen Jahres in Untersuchungshaft.

Nach mehrstündiger Beweisaufnahme wurde allseitig auf einen großen Teil der zahlreichen Zeugen verzichtet. — Das Gericht nahm bei Otto Vogel eine fortgesetzte Handlung an und ermächtigte die Strafe von 18 Monaten auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. Der Angeklagte wurde auf freien Fuß gesetzt. Die beiden mitangeklagten Söhne wurden freigesprochen.

### Gegen die Deutschnreiberei von Bäderverwaltungen.

Dieser Tage fällt das Oberverwaltungsgericht gegen die Regierung, die den Gebrauch des Seesufers des Koblenz Cranz nur gegen Entgelt gestatten wollte, ein treffendes Urteil.

Das allgemeine Landrecht sichert ausdrücklich den „gemeinen Gebrauch des Seesufers zu“. Trotzdem hatte die Domänenverwaltung der Regierung zu Königsberg mit der Gemeinde einen Vertrag geschlossen, durch den die Regierung der Gemeinde gegen eine Anerkennungsgeldgebühr gestattete, auf einen Teil des Strandes bewegliche Strandkörbe unter Beachtung des Verkehrsinteresses aufzustellen und zu vermieten. Bei Feststellung der Gebühren, die sie für Benutzung ihrer Strandkörbe erhebt, hatte die Gemeinde, die wohl in konservativer Autoritätsgewöhnung die Regierung als allein Verfügungsberechtigte über Wasser, Luft und Erde erachtete, beschlossen, von denen, die ihre eigenen Strandkörbe aufstellen, die Hälfte der Gebühr zu erheben. Dies hatte dem Stadtkämmerer Dr. Erdmann aus Königsberg nicht. Er hielt dies für berechtigt, seinen eigenen Strandkorb am Strande des Offseebades Cranz aufzustellen, sowie ihn während seines Aufenthaltes in dem Badeorte am Strande dauernd stehen zu lassen. Die Gemeinde Cranz forderte nun von ihm eine Gebühr. Dr. Erdmann lehnte die Zahlung ab, er berief sich auf das Recht zum allgemeinen Gebrauch des Seesufers. Auf seine Gebührenverweigerung erhielt er eine polizeiliche Verfügung, daß man seinen Strandkorb im Zwangswege entfernen würde, wenn er keine Gebühr zähle. Im Auftrage des Amtsvorstehers wurde denn auch tatsächlich der Strandkorb fortgenommen und in die Wohnung des Seesufers verbracht. Seine Beschwerde wurde vom Regierungspräsidenten durch folgende nicht gerade salomonische Auslegung abschlägig beschieden: Allerdings berechtige der gemeine Gebrauch des Seesufers dazu, sich dort aufzuhalten und sich eine Sitzgelegenheit mitzubringen. Deshalb könne von dem, der sich eine eigene Sitzgelegenheit, also auch einen eigenen Strandkorb, mitbringe, eine Gebühr nicht erhoben werden. Demnach hätte von Dr. E. eine Gebühr nicht gefordert werden dürfen. Inwiefern müsse der Eigentümer einer solchen Sitzgelegenheit diese wieder wegnehmen, wenn er sie nicht mehr benutze. Lasse er sie auch dann noch am Strande, wie Dr. E., dann sei die Polizei berechtigt, sie wegzuschaffen zu lassen. Inwiefern sei die Beschwerde des Kämmerers unbegründet.

Dr. Erdmann erhob Klage im Verwaltungsrechtverfahren. Er machte geltend, daß in Cranz niemand den Strandkorb mit nach Hause nehmen. Die Gemeinde lasse ihre Strandkörbe auch nachts stehen. Gegen ihn allein sei man vorgegangen. Das beweise, daß die Sicherung der Gebühr der alleinige Zweck der Verfügung des Amtsvorstehers gewesen sei. Das Oberverwaltungsgericht hob den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und erklärte auch die Beschaffung des Strandkorbes für unbedenklich. Das Oberverwaltungsgericht hatte es nur noch hiermit zu tun, da der Regierungspräsident die andere Frage der Gebührenhebung usw. schon erledigt hatte. Es wurde ausgeführt: Wenn auch das Seesufer jedermann zur Benutzung zugänglich sei, so würde eine allgemeine Regelung hinsichtlich der Aufstellung von Strandkörben zulässig sein. Eine solche allgemeine Regelung sei aber hier nicht erfolgt. Nur gegenüber dem Kläger allein sei die Wegnahme des Strandkorbes angeordnet worden. Das sei ein Akt polizeilicher Willkür, dem entgegenzutreten, alle Veranlassung vorliege.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, den 28. Mat. Anfang 7 1/2 Uhr. König. Opernhaus. Lammhäuser. König. Schauspielhaus. Die Karolinger. Deutsches. Faust. Sammerziele. Festliche. Erwaehen. Anfang 8 Uhr. Neues königliches Opernhaus. Beschlossen. Peking. Die Dollarprinzessin. Berliner. Ein Herbstmännchen. Schiller O. (Kölnher-Theater.) Vater und Sohn. Schiller Charlottenburg. Brechers Millionen. Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die beiden Leonoren. Neues Schauspielhaus. Rühö. Romische Oper. Fiesland. Wenden. Ein Walzertraum. Neues. Tricoche und Cacolet. Neues. Kimmere Dich um Amelie. Thalia. Beschlossen. Lustspielhaus. Hebung der Damen. Fremdenverkehrsamt. Kleines. Royal. Gebbel. Hofs. Spiel. Duffen. Die Grille. Trionan. Hebräerwörter. Neues Operetten. Der Steuermann.

Berliner Operetten-Theater SW. Operette. Anfang 8 1/2 Uhr. Metropole. Die oberen Gehirnschneide. Bernhard Hofe. Das Mädchen ohne Ehre.

Gastspiel-Theater. Lord After. Der große Unbekannte. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Apollo. Hofs. Gr oder Gr. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Wokage. Spezialitäten. Wasalka. Spezialitäten.

Follies Caprice. Wien — endlich. Ingerade Tage. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Parodie. Hofs. Regelt alles. — Alles für Kind. Ober: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Reichshausen. Stehner Sänger. Der Kampagnenball. Urania. Tanzstube 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna. Sternwart. Invalidentstr. 67/68.

Lessing-Theater. Gastspiel d. Roman Operetten-Theaters. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Berliner Theater. Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

### Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Tricoche und Cacolet. Morgen und folgende Tage: Tricoche und Cacolet.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Ein Walzertraum. Morgen: Die lustige Witwe.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, den 28. Mat. Anfang 8 Uhr: Die beiden Leonoren. Sonntag (1. Feiertag) nachm. 3 Uhr: Hofs. Hebräerwörter. Abends 8 Uhr: Der Kilmeterkoffer.

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr: Kimmere Dich um Amelie. Schwan in 3 Akten (4 Bildern) von Hedden. Morgen u. folg. Lager Die Vorrede Sommerpreise.

### Neues Kgl. Opern-Theater. (Kroll.)

Gura-Oper. Sonnabend, den 5. Juni 1909: Eröffnungs-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

In neuer Ausstattung u. Umgestaltung: Der fliegende Holländer. Dirigent: Gust. Brocher.

Wiltkirkende: Ernst Kraus, Lottmann, Van Rosy, Anni Hummel, Frieda Langendorf. 7/11/11.

Wiedereröffnung: W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Ott. Sonnenstr. 10. Am 1. Pfingstfeiertag:

Wiedereröffnung: in den geräumigen renovierten Räumen. Konzerte, Theater, Spezialitäten. Sonntag, den 28. Mat: Essentielle Generalprobe. Anfang 7 Uhr. Entree frei.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Köllner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Vater und Sohn. Komödie in 3 Akten v. Gustav Edmann. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Karolinger. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Charleys Tante. Sonntag, abends 8 Uhr: Doktor Klaus. Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Brechers Millionen. Lustspiel in 4 Akten von Wilhelm Smith und Byron Engler. Ende 10 1/2 Uhr. Sonnabend, abends 8 Uhr: Doktor Klaus. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Sonntag, abends 8 Uhr: Brechers Millionen.

### CATAN'S PANOPTICON Friedrichstr. 168 (Pachorpalast).

Neu! Ohne Extra-Entree. Sensationell! Mariell, lebende Riesin der Welt.

### „Bellachini“ Zauberwelt! Täglich: Nachm.: Soloon. — Abends 8 Uhr: Haupt-Soloon. Täglich: 7 1/2 Uhr abends: Ohne Extra-Entree! Humoristische Künstlerabende. Sonntags 2 Vorstellungen.

### Brauerei Friedrichshain Am Königsbor. 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag: Garten-Konzert von Johann Strauß aus Wien

mit der gesamten Kapelle (20 Musiker). Anfang 4 Uhr. — Bei unangenehmer Witterung im Saal. Billets zum ermäßigten Preis: Entree 40, reserviert 60 Pf., in der Vorhalle: Expedition bei Nacht, Baumwallstraße 12, und Mahlsch, Auguststraße 50, zu haben.

### Hebbel-Theater Königsborger Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Hohes Spiel.

### Luisen-Theater. Heute abend 8 Uhr: Die Grille.

Sonnabend 8 Uhr: Auf neuem Wege. Sonntag nachm. 3 Uhr: Rabale und Liebe. 8 Uhr: Keine u. Josef. Montag nachm. 3 Uhr: Köhnen von Heilbronn. 8 Uhr: Die Grille.

### OOLOGISCHER GARTEN Täglich ab 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

### Apollo Theater 9 1/2 Uhr: Er oder Er mit Hartstein in der Doppelrolle als Max und Horitz. Vorher 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.

### Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Liebling der Damen. Hierzul: Ein Freundschaftsdienst.

### DERNHARD ROSE THEATER St. Brandenburger Str. 112. Abends 8 Uhr: Das Mädchen ohne Ehre.

Senfentendstück in 4 Akten v. Melville. Wochenpreis. Morgen und folgende Tage: Das Mädchen ohne Ehre.

### Treptow. Viktoria-Garten. Inh. Karl Ludwig Küpenicker Land-Strasse.

### Größter schattigster Garten. Jeden Sonntag: Großes Freikonzert.

Im Parkettsaal Sonntags und Donnerstags: Großer Ball. Jeden Donnerstag: Norddeutsche Petri-Sänger. Entree frei.

### Große Dampfer-Extrafahrten nach Wernsdorfer Schleuse.

Wohlet von der Schillingsbrücke früh 9 1/2 Uhr. Rückfahrt 6 und 8 Uhr abends. Am 1. und 2. Feiertage Hin- und Rückfahrt 1 Mark. Am 3. Feiertage Hin- und Rückfahrt 50 Pfennige. Hierzu laßt freundlich ein Paul Schwedler, Restaurant zum Ober-Spreekanal.

### Wohin die Feiertage? Nach C.B. „Café Bellevue“

am Rummelsburger See. Großer schattiger Garten mit walden Bäumen. Konzert, Volksbelustigungen, Kaffeekochen. Am 2. Feiertag: Frühkonzert. 1909. Im geneigten Aufbruch bitte! Gustav Tempel.

# Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Berzirk Groß-Berlin.

Den Mitgliedern aller Berliner Verwaltungsstellen zur Kenntnisnahme, daß die sämtlichen Verbandsbüros und Arbeitsnachweise in Berlin und Charlottenburg am Sonnabend, den 29. Mai, sowie am Dienstag, den 1. Juni, nachmittags von 2 Uhr ab und am ersten und zweiten Pfingstfeiertag den ganzen Tag geschlossen sind.

Sonntag, den 30. Mai (1. Pfingstfeiertag):

## Großes Frühkonzert

in der Brauerei Friedrichshain am Königstor.

67/17

Die Bezirksleitung.

### Achtung! Diez' Jetzt nur Seeterrasse Lichtenberg.

Röderstr. 11-13 (zwischen Landsberger Allee und Röderplatz). Größtes und schönstes Etablissement Groß-Berlins, 25 000 Personen fassend, inmitten des herrlichen Parks 11 000 Meter großer See. Ob schön! Ab 1. Pfingstfeiertag täglich Ob Regen! Großes Konzert und das größte und beste Programm, welches jemals gezeigt wurde. 31/2 bis 60 Programmnummern, u. a.: Familie Holter-Talischus (2 Damen, 1 Herr), unbedingt die besten Darsteller der Gegenwart. Orig. Brothers Helbig, die Könige der Luft, unübertroffener fliegender Trapez-Akt.

Stürmischer Nachfolger Borgas & Darley, die besten Kom. Radfahrer der Welt. The Dumbars, das beste atomballische Landduell. Viktor Ritter, der unübertroffene aktuelle Original-Humorist.

Konkurrenzlose Dreifachnummern: 7 Pferde, Gunde usw., Sprungseil, Duetto, Soubretten, Lumpenmacher, Humoristen, Luftnummern usw., außerdem:

Riesen-Land- u. Wasser-Feuerwerk und Ball, 15 Ständerbote. 4 verbede Regeldamen. Volksbelustigungen aller Art. Anfang 8 Uhr. Entree an den Feiertagen für alle Abteilungen nur 30 Pfennige. Kinder unter 12 Jahren frei!

Am 1. und 2. Pfingstfeiertag, morgens 5 Uhr:

Großes Früh-Konzert und Vorstellung, Entree 20 Pfennige. Bei ungünstiger Witterung Schutz für 6000 Personen. Um zahlreichen Zutritt bitten. 18922\* Witwe Louise und Waldemar Diez.

### Hermann Ramlows „Kastanienwäldchen Schönholz“

Endhaltestelle der Straßenbahnlinien 36, 37, 38 u. 8 sowie 2 Minuten vom Bahnhof Schönholz.

Jeden Sonntag **Künstlerkonzert** bei freiem Eintritt.

Im Parkett- **Großer Ball** bei stark besetztem Spiegel-Saal: Orchester.

Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Lokaltitäten, Saal m. Theaterbühne zur geß. Benutzung.

## Sozialdemokratischer Wahlverein IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

### Gr. Frühkonzert

am Sonntag, den 30. Mai (1. Pfingstfeiertag)

in den Lokalen:

Ludwigs Viktoriagarten, Treptow, Köpenicker Landstraße, Elysium, Sandberger Allee 40, unter Mitwirkung der Stralauer Sänger, Alte Taverne, Stralau.

am Montag, den 31. Mai (2. Pfingstfeiertag)

in den Lokalen:

Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain, Ludwigs Viktoriagarten, Treptow, Köpenicker Landstraße.

Kaffeeerdöffnung 4 Uhr. Billett 20 Pfennig. Anfang 5 Uhr.

Bei schlechtem Wetter finden die Konzerte in den Sälen statt.

Um zahlreichen Besuch ladet ein Das Komitee.

## Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstagswahlkreises.

### Früh-Konzerte

Sonntag, den 30. Mai (1. Pfingstfeiertag)

im Berliner Prater, Kastanienallee No. 7-9

Montag, den 31. Mai (2. Pfingstfeiertag)

in Ballschmieders Etablissement, Badstraße No. 16 und Kronen-Brauerei, Alt-Moabit No. 47-49

### Konzert \* Gesang \* Spezialitäten

Billett 25 Pfennig. Eröffnung 4 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr. Die Komitees.

227/16\*

## Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend, Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Raucher gestattet.



Letzte Woche!

### Liane d'Eve

Excentrique française.

### Felice Lorraines

lebende Kunstwerke

### Olympia Desvall

Sportakt und eine Kette

hervorragender Kunstkräfte.

Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe).

## Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.

Am den drei Pfingstfeiertagen: **Christliche Spezialitäten!** **Novität! Novität!**

### Die Spreewald-Käte.

Gr. Ausstattung-Belustigung mit Gesang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann. Kaffeeerdöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Den 2. und 3. Pfingstfeiertag: Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

## Passage-Theater.

Walter Schneider der eigenartige Vortragskünstler.

### Bruns-Lebrun

der fahrende Sänger

### Jaka Jshad

Maur. Schlangentänzerin. 2ter Monat.

Das neue Mai-Programm ein voller Erfolg!

## Passage-Panoptikum.

Lebend!

### Die letzten weiblichen Wesen

vom Stamme der Azteken!

Ohne Extra-Entree!

Experimente der IV. Dimension.

Kozopol. Briganten.

Alles ohne Extra-Entree!

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Neu! Neu!

„Mein Freund Hugo.“

Darsteller von Meyzel.

Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

## Sanssouci, Straße 6.

Direktion Wilhelm Holzer.

Wegen Vorbereitung zu den Pfingst-Feiertagen geschlossen.

An allen drei Feiertagen:

Multspiel des Pöffen-Ensembles:

Die Weitenbummler

mit ihrem kolossal-Programm!

## Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle

Rudolf Krüger Hasenheide 13/18.

Täglich:

Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Abt. Leitung: Walter Gravenitz.

Neben Donnerstag: **Elitetaq.**

18 Uhr und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

## Königstadt-Kasino.

Potsdamerstr. 72, Ecke Alexanderstraße.

Täglich:

Dehmanns Brantschan.

Schman in 1 Akt.

Sened Spezialitäten-Programm.

The Morrors, Has & Shee, Marco

& Tadjana, Paulsen, Larée, etc. etc.

Anfang Sonntag 5 1/2 Uhr, wochentags 7 1/2 Uhr.

## Damms Volkspark-Theater

Sandberger Allee 74/77.

Große Vorstellung

des

Sächsischen Volks-Theaters

nach Weidenfeld. Spezialitäten.

Zum ersten Male in Berlin.

Nach aufricht. sich löst.

## Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.

Anfang 8 Uhr.

Das große Mai-Programm.

Grete Gallus, die beliebte Soubrette, u. die übrigen Spezialitäten: Freikonzert.

## Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.

Beginn der Sommer-Saison:

30. Mai.

Täglich:

Spezialitäten-Vorstellung.

## Schweizer-Garten

eröffnet mit

täglich Vorstellungen

zu Pfingsten

Sonntag, 30. Mai.

An beiden Feiertagen:

Früh-Vorstellungen

Entree 30 Pf. Anf. 5 Uhr früh.

## Nur noch 6 Tage! Schöneberg, Salzburger Straße, gegenüber den Beamtenhäusern.

## Zirkus Charles

Größter und elegantester Zirkus Deutschlands.

Freitag, den 28. Mai, abends 8 Uhr:

## Monster-Vorstellung

in Weltstadt-Berlin-Programm

Das beste, jemals in Berlin und Umgebung gezeigte Programm.

Kaffeeerdöffnung 12 Uhr mittags bis Schluß der Vorstellung.

## Treptow. Beylers Gesellschaftshaus

Am J. Droppo

Köpenicker Landstr. 20.

An beiden Feiertagen:

## Früh-Konzert.

Am 2. Feiertag:

Dannbergsoher Männerchor

und Sparverein „Goldkol“

Großes Programm.

# Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Mitgliederzahl: 120 000.

Sitz: Offenbach a. M.

## Gemeinsame Landes-Ausfahrt nach Luckenwalde

des Gau 9 (Prov. Brandenburg), Gau 14 (Königr. Sachsen), Gau 17 (Prov. Sachsen u. Anhalt) am 29. Mai und folgende Tage (Pfingstfeiertage).

Sonnabend: Empfang der auswärtigen Vereine. Kommers.

1. Feiertag: Frühschoppen. Nachmittags 2 Uhr: Korsofahrt durch die Stadt nach dem Festlokal „Tivoli“. Dasselbst Instrumental- und Gesangskonzert. Kunst- und Reigenfahren, sowie turnerische Aufführungen.

2. Feiertag: Von früh 7 Uhr an: **Großes Waldfest.** Nachm. 2 Uhr: **Einzug nach dem Festlokal.** Dasselbst allerhand Belustigungen und Tanz.

3. Feiertag: Spaziergang durch die Stadt und Umgegend. Nachm.: Abschieds-Konzert.

10/18\* Es laden freundlichst ein Der Festausschuß. Die Gauvorstände der Gane 9, 14, 17.

## Bundesgenossen, Radfahrer!

Berücksichtigt beim Bedarf an

Fahrrädern, Zubehörtellen jeder Art, Sweatern, Mützen, Strümpfen

unsere Bundes-Einkaufsstelle

## Fahrrad-Haus „Frisch auf“ Walter Wittig & Co.

Hauptgeschäft: Brunnenstr. 35. Filiale: Kottbuser Str. 9.

Kataloge gratis und franko. Tel. III, 4949.

Tel. IV, 11 726.



## Dampfer-Extrafahrten

ab Waisenbrücke am 1., 2. u. 3. Feiertag:

Nach Neu-Zittau u. Heideschloß Hohenblude. Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

Abfahrt vorm. 10 Uhr. — Hin und zurück 1 20.

## Berlins neuester Vergnügungs-Park

im Sportpark alter Botan. Garten

Potsdamer Straße 75

Entree 25 Pfennig

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

Eröffnung: Sonnabend, 29. Mai.

# Conrad Tack & Cie.

Schuhwarenfabrik Burg bei Magdeburg.

120 eigene in 90 Städten des Deutschen Reichs befindliche Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (im Tellhaus)  
 C., Rosenthaler Straße 14  
 W., Potsdamer Straße 50  
 Fernsprecher: Amt VI, Nr. 16831  
 W., Schillstr. 16 Fernspr.: Amt VI, 16831  
 NW., Turmstr. 41 Fernspr.: Amt II, 7820  
 Ecke Oldenburger Straße  
 NW., Wilsnacker Straße 22  
 NW., Beusselstraße 29  
 N., Friedrichstraße 127 schräg gegen-  
 über der Oranienburger Straße

N., Müllerstraße 3  
 N., Reinickendorfer Straße 23,  
 gegenüber der Plantagenstraße  
 N., Brunnenstraße nur 37  
 N., Danziger Straße 1  
 O., Andreasstraße 50  
 O., Frankfurter Allee 125  
 SO., Oranienstraße 32  
 zwischen Oranienplatz u. Adalbertstr.  
 SO., Oranienstraße 2a  
 unmittelbar an der Hochbahnstation  
 Oranienstraße

SO., Wrangelstraße 49  
 SW., Friedrichstraße 240-241,  
 am Halleschen Tor

Charlottenburg: nur Wilmersdorfer  
 Straße 122-123  
 Fernsprecher: Amt Ch., Nr. 14830

Rixdorf: Bergstraße 30-31

Potsdam: Brandenburger Straße 54

## Das letzte Wort

haben nunmehr

unsere Preislagen  $\equiv$  Qualitäten  $\equiv$  Passformen

### Damen-Schnürstiefel

braun Ziegenleder, moderne Passons 5.90  
 in braun Ziegenleder, solide Straßen-  
 stiefel . . . . . 7.50  
 braun Chevreau, mit und ohne Lack-  
 kappe, chike Formen 10.50, 8.50 . . . 7.50  
 schwarz Chevreau, eleg. Promenaden-  
 stiefel . . . . . 10.50 8.50  
 Stoff, grau und braun, beliebte  
 Sommerstiefel . . . . . 3.90

### Damen-Schnürschuhe

braun Chevreau, hochmoderne  
 Dessins . . . . . 12.50, 8.50 7.50  
 braun Ziegenleder, äußerst dauer-  
 haft . . . . . 5.50  
 Segeltuch, mit Ledergarnitur, solide  
 Ausführung . . . . . 2.70 3.50

### Damen-Zugstiefel

Lasting, leicht und bequem — für  
 ältere Damen . . . . . 4.90, 3.90 3.30

### Damen-Spangenschuhe

braun Ziegenleder, mit Zierkappe 4.25

### Damen-Hausschuhe

Leder, schwarz und farbig, 4.50, 3.50 2.45

### Damen-Morgenschuhe

Lasting, leicht u. bequem, 3.50, 2.60 2.00



„Marke Condor“  
**Saison-Neuheiten**

### Herren-Schnür- u. Zugstiefel

Strapsierstiefel . . . . . 7.90, 6.90 5.90

### Herren-Schnallenstiefel

aus dauerhaftem Material — sehr  
 bequem . . . . . 12.00, 9.50 6.90

### Herren-Schnürstiefel

braun Ziegenleder, elegante  
 Straßenstiefel, enorm preiswert . . . 7.50

braun Chevreau, mit und ohne  
 Lackkappen, moderne Form 10.50 8.50

schwarz Chevreau oder Boxleder,  
 preiswerte Qualitäten . . . . . 9.50

### Herren-Schnürstiefel

schwarz Chevreau m. Lackkappen,  
 elegante schlanke Form . . . . . 10.50

### Herren-Schnürschuhe

Segeltuch, praktische Sommer-  
 schuhe . . . . . 4.40 3.50

### Herren-Hausschuhe

Leder, schwarz u. farbig 5.90, 4.50 3.50

### Herren-Schnür- u. Zugschuhe

Lasting, beliebte Kellnerschuhe 4.90

## „Original-Goodyear-Welt“ 12.50 Damen- und Herren-Stiefel

vornehmste Promenaden-, Reise- und Gesellschaftstiefel 14.50 Luxus-Ausführung 16.50 schwarz und braun mit und ohne Lackkappen — hochmoderne Formen

### Mädchen- und Knaben-Schnürstiefel

	Gr. 25-26	27-28	29-30	31-33	34-35
fein Boxleder, moderne Paßform	3.90	4.20	4.50	4.90	5.30
braun Ziegenleder, beste Qualität	4.20	4.70	5.30	5.90	6.50
ff. braun Chevreau, vornehme Paßform	5.75	6.25	6.75	7.25	7.75

### Knaben-Schnürstiefel

	Größe 29-30	31-33	34-35	36-37	38-39
in Boxleder, moderne breite Form	5.80	6.40	7.00	7.60	8.20
Echt Boxkalf, in Ausführung	7.00	7.60	8.20	8.80	9.40

### Kinder-Schnür- und Knopfstiefel

schwarz und braun Ziegenleder . . . . . Größe 18-21 1.80

### Kinder-Schnürstiefel

Stoff, mit Kalbblacksatz Größe 25-26	3.75	22-24	3.00	17-21	2.00
braun Ziegenleder, mit kleinem Absatz Größe 23-24	2.90	19-23	2.40		
braun Chevreau, Naturaform Größe 25-26	5.50	22-24	4.75	17-21	3.30

Tennis-Schuhe und Stiefel — Reform-Sandalen  
 Reform-Turnschuhe — Sportgamaschen —  
 Fußballstiefel — Reiseschuhe — Hauspantoffel.

Neu! Condor-Patent-  
 Schnürstiefel — ohne zu schnüren  
 10.50 13.50 16.50



6. Verbandstag der Seeleute.

Am Mittwoch erstattete die Statutenberatungskommission

Bericht. Sie empfahl Annahme der Vorlage mit folgenden wesentlichen Änderungen: Die Arbeitslosenunterstützung soll nach 52 wöchentlicher Karenzzeit gewährt werden und schon vom fünfzehnten Tage an. Die Sätze sind wesentlich erhöht:

Table with 3 columns: Weeks, Amount, Days. Rows for 52 weeks, 156, 260, 364, 468 weeks and amounts.

In Kraft treten soll sie am 1. Juli 1910. Auch die Krankenunterstützung wurde wesentlich erhöht; sie soll betragen:

Table with 3 columns: Weeks, Amount, Days. Rows for 52 weeks, 156, 260, 364, 468 weeks and amounts.

Die Effektenversicherung bleibt in der alten Höhe bestehen; die Sterbeunterstützung soll nach einem Jahr 25 M., nach zwei Jahren 30 M. betragen und dann jährlich um 10 M. bis zum Höchstbetrage von 100 M. steigen.

Diese Anträge wurden angenommen, ebenso die übrigen Vorschläge der Kommission — darunter Abführung von 85 Proz. der Beiträge an die Hauptkasse — mit unwesentlichen Änderungen. Dem Zentralvorstande wurde die Befugnis erteilt, den verheirateten Beamten des Verbandes unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse einen angemessenen Wohnungszuschuß zu gewähren.

Zu der Gesamtabstimmung wurde das neue Statut mit 22 gegen 6 Stimmen der Delegierten aus Bremen und Bremerhaven angenommen.

Paul Müller hielt sodann ein erschöpfendes Referat über das Thema

Welche Forderungen stellen die seemannischen Arbeiter auf Erweiterung und Respektierung ihrer Rechte und des Schutzes für Leben und Gesundheit im Schiffsbetriebe?

In einer einstimmig angenommenen Resolution verlangt der Verbandstag:

- 1. Verpflichtung der Regierung zur Anführung der Organisation bei allen Neuerungen in der seemannischen Gesetzgebung;
2. durchgreifende Revision der Seemannsordnung in allen ihren Teilen;
3. Erweiterung und präzisere Fassung der seemannischen Rechtsbestimmungen, soweit sie insbesondere auf das Vertragsverhältnis Bezug haben;
4. durchgreifende und präzisere Neuregelung der Arbeitszeitbestimmungen, des Ueberstundenwesens und des Wachdienstes;
5. Schutz vor jeder Willkür der Reederei, Vorgesetzten, Behörden und Gerichte;
6. humanere Behandlung und Krankenfürsorge. Bessere Verpflegung garantiert durch eine unseren Anforderungen gerecht werdende Aenderung der Speiserolle;
7. Schaffung eines den beruflichen Bedürfnissen angepaßten konstitutionellen Verhältnisses an Bord, und die Verrückung aller nicht unbedingt erforderlichen Arbeitsungleichheiten zwischen Reederei, Vorgesetzten und Schiffsmann;

8. Umwandlung der Seemannsämter in See-Schöffengerichte, Aufhebung der Strafbefugnisse für die Konfulate;

9. Herabminderung der in der S.-D. festgesetzten Strafmaße;

10. Gewährung des Koalitionsrechts an die seemannischen Arbeiter, Unterstellung der seemannischen Arbeiter unter das geplante Arbeitskammergesetz.

11. gesetzliche Regelung der Aufsicht des Schiffsbetriebes, der Besatzungsfrage, Tief- und Leichtlademarke und Seetüchtigkeit im allgemeinen;

12. Errichtung eines Reichsschiffsamtes mit entsprechenden örtlichen Ausführungsbehörden unter Mitwirkung der seemannischen Arbeiter;

13. durchgreifende Revision der seemannischen Unfall- und Invalidenversicherung, desgleichen weiteren zweckentsprechenden Ausbau der Witwen- und Waisenversicherung;

14. Anerkennung der Berufskrankheiten als Betriebsunfall;

15. obligatorische, gesetzlich geregelte Krankenversicherung für alle seemannischen Arbeiter;

16. gesetzliche Regelung der Rechte und Pflichten sowie behördliche Kontrolle und Demokratisierung der Verwaltungen der Reederei-Pensionskassen aller Art;

17. unseren modernen Anforderungen entsprechende Wohn-, Wasch-, Bade-, Arbeits- einrichtungen an Bord;

18. Verstaatlichung des Rettungswesens an den deutschen Küsten;

19. Einschränkung der Verwendung von Farbigen auf deutschen Schiffen, außer auf Schiffen in der ostasiatischen und afrikanischen Küstenfahrt;

20. Paritätische Arbeitsnachweise und Beschwerdekommissionen für diese.

Der Verbandstag richtet an die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages das Ersuchen, daß sie bei gegebener Gelegenheit dem Reichstage durch Einbringung einer entsprechenden Resolution Gelegenheit geben möge, die Reichsregierung aufzufordern, sich im Sinne der vorstehenden Forderungen der seemannischen Arbeiter zu betätigen.

Aus der Frauenbewegung.

Stimmrechtsbewegung in England.

Es gibt in London fünf verschiedene Frauengruppen von Bedeutung, die ihre Kräfte für resp. gegen die Erreichung eines Frauenstimmrechts einsetzen.

Die älteste Gruppe sind die Suffragists, an deren Spitze Mrs. Pankhurst steht. Diese Gruppe arbeitet schon seit ungefähr 60 Jahren für ein beschränktes Frauenstimmrecht und die jetzige Führerin hat sich offiziell schon vor 40 Jahren für das Frauenstimmrecht eingesetzt. Mrs. Pankhurst ist eine Aristokratin vom reinsten Wasser und besitzt Charakter. Sie macht durchaus kein Hehl daraus, daß sie lediglich ein Damenwahlrecht erstrebt und von dem sogenannten „Universal-right“ nichts wissen will. Mrs. Pankhurst ist eine Verehrerin der oberen Zehntausend und weiter will sie auch nichts sein, und daß sie das so offen zu erkennen gibt, muß ihr jedenfalls günstig angerechnet werden. Diese Suffragists bilden die englische Abteilung des internationalen Stimmrechtsverbandes aus, des reaktionärsten aller Verbände.

Die zweite Gruppe ist die „Women's Freedom League“, an deren Spitze Mrs. Despard steht. Auch diese Gruppe erstrebt nur ein Damenwahlrecht, unterscheidet sich aber dadurch von den vorerwähnten Suffragists, daß sie taktisch radikal vorgeht. Viele Mitglieder dieser Gruppe haben schon im Gefängnis gesessen, weil sie gegen die englischen Gesetze gehandelt. Diese Women's Freedom League hat einen aus 12 bis 15 Damen bestehenden Vorstand, der etwas schwerfällig in Bewegung zu sehen ist. Infolgedessen haben sich die Frauen, die nicht gern einen günstigen Augenblick zum Eingreifen vorbegehen lassen möchten, zu einer besonderen Gruppe zusammengeschlossen. Diese Gruppe bezeichnet man mit dem Namen: „Suffragettes“. Die Suffragettes haben ihr eigenes großes Bureau in Clements Inn, dicht am Strand. Sie haben ihre eigene Zeitung, die den Namen: „Votes for Women“ führt und von Frederick u. Emmeline Lawrence herausgegeben wird. Das Bureau der Suffragettes umfaßt mehr als 18 Räume, in denen ihre Pläne ausgeführt und vorbereitet werden. Fünfzig bezahlte Kräfte arbeiten hier Tag für Tag neben mehr als hundert ehrenamtlich angestellten Frauen. Auch einen eigenen Stimmrechtsklub, oder, wie sie es nennen, eine „Frauen-Parfaisalle“, haben die Suffragettes (gebildet von Macaulay, zu fingen nach der echten Parfaisalle), während die Suffragists sich schon seit Jahren den Kopf über ein Banner und einen „Frauen-Stimmrechtsklub“ zerbrechen. Der große Wert, den die Suffragettes auf die Neugierlichkeiten, wie Shawls, Banner, Schlipse, in ihren Farben legen, hat in diesem seltsamen Lande mächtig dazu beigetragen, die Suffragettes während der paar Jahre, die sie erst an der Arbeit sind, in aller Leute Mund zu bringen. Am erfolgreichsten wirken sie aber dadurch, daß sie sich für ihre Ideen ins Gefängnis steden lassen, das schon hunderte von ihnen bezogen, besonders weil Mrs. Asquith in den letzten Monaten die Parole herausgegeben haben soll, recht forsch gegen die Suffragettes vorzugehen. Ihre Entlassungen werden in der Regel zur Ursache großer Empfänge, die sich dann in langen Umzügen feierlich vom Hallowsgefängnis durch die Straßen bewegen, beschützt von den englischen Schutzleuten, die die Frauen nicht schikanieren, noch notieren, noch arrelieren, sondern sicher führen. Bei der so veranstalteten Ehrenfeier werden den Entlassenen je eine Brosche, ein Diplom usw. überreicht. Die Brosche stellt ein Gitter dar, an dem rechts und links eine abgerissene Kette herunterhängt und auf dem sich in der Mitte (in den Suffragettesfarben) der Regierungstempel, den alle Gegenstände des Gefängnisses tragen, befindet.

Das Ziel, das die Suffragettes erstreben, halten wir nicht nur für nicht erstrebenswert, sondern betrachten es als den Interessen des Proletariats direkt schädlich, weshalb wir es entschieden bekämpfen. Das hindert nicht, den Mut und die Energie anzuerkennen, womit die Suffragettes für ihre Ideen eintreten; auch können unsere Genossinnen von der Taktik der Damenwahlrechtskämpferinnen manches lernen.

Für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht tritt in England einzig und allein die „Adult Suffrage Society“ ein, an deren Spitze neben dem Präsidenten als Sekretärin Mrs. Montefiore steht.

Zu erwähnen bleibt außer diesen Gruppen wohl noch die liberale Frauengruppe, die einzig und allein im Sinn der liberalen Regierung sich betätigt, sowie die Männerliga für Frauenstimmrecht und endlich die Antifrauenstimmrechtsgruppe unter der Führung der Schriftstellerin Mrs. Ward, die durch ihre vielen Angriffe auf die Frauen, die der geheimen Angst entspringen, daß ein allgemeines Stimmrecht auch in England kommen könnte, mit zur Förderung des Frauenstimmrechts beitragen.

Advertisement for Baer Sohn clothing. Features a central illustration of a man in a long coat and hat. Text includes 'Loden-Kleidung für Berg und See' and lists various items like 'Loden-Pelerinen', 'Mantel-Pelerinen', 'Knaben- und Mädchen-Loden-Pelerinen', 'Loden-Hüte', 'Loden-Hüte', 'Touristen-Hemden', 'Stutzen', 'Strümpfe', 'Stöcke', 'Schirme'. At the bottom, 'BAER SOHN' is prominently displayed with address details: 'Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891, Chaussee-Straße 29-30, Brücken-Straße 11, Gr. Frankfurterstr. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10'.

Advertisement for Oskar Wollburg clothing and bakery. Features an illustration of a woman in a long dress. Text includes 'Größtes christliches Spezialhaus für Damen- u. Mädchen-Bekleidung Oskar Wollburg', 'jetzt nur Berlin N., Brunnenstr. 56.', 'Neuheiten in Leinen- und Batist-Konfektion.', 'Nur eigenes Fabrikat. Kein Zwischenhandel, daher konkurrenzlos!'. It lists various clothing items and prices, and includes sections for 'Vorschriftsmäßige Turmkleider' and 'Trauer-Bekleidung'. At the bottom, it advertises 'Achtung! Bewilligte Bäckerei' and 'Achtung! Bewilligte Bäckerei' with contact information for the bakery.









